Informations-Dienst ZUR VERBREITUNG UNTERBLIEBENER NACHRICHTEN

ID

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 367 23. Januar 1981
D 1870 C 2,50 DM incl. 6,5 % MWSt

PASSAGIERE AUSGESTIEGEN TECHNIK ÜBERLEBT

WALLDORF-MÖRFELDEN: INTERVIEW MIT EINEM GEGNER DER STARTBAHN-WEST (FRANKFURT/MAIN) S.7

Dieses wunderliche Blatt wird herausgegeben vom Frankfurter Informationsdienst e.V.,Hamburger Allee,45, 6000 Frankfurt 90, Tel 0611 / 70 43 52 und 70 20 96.
Gedruckt wird der ID vom Druckladen, gleiche Adresse, Teil 70 57 72
Verantwortlicher Redakteur für diese Nummer ist Richard Herding.
Im Abonnement kostet der ID vierteljährlich 30, halbjährlich 60, jährlich 120 Mark. Als Bestellung gilt die Überweisung (Vorauskasse) auf das Postscheckkonto Frankfurt 52 52 28 — 602 (Bankleitzahl 500 100 60) des Frankfurter Informationsdienstes. Auf dem Überweisungsabschnitt bitte DEUTLICH die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abo-Nummer vermerken; außerdem "Neuabo","Verlängerung","Adresswechsel". — Die Vorauskasse-Abonnenten bekommen keine Rechnungen oder Mahnungen; stattdessen taucht rechtzeitig das Zeichen !?! auf dem Adreßaufkleber auf, wenn das Abonnement auszulaufen droht und Geld überwiesen werden muß. Kein Geld auf'm Konto — kein ID im Kastn.
Auch so kann bestellt werden:

Ich will unbedingt den ID beziehen.(Ich will ein Gefangenen-Abo spenden). Das Geld habe ich auf euer Konto überwiesen.
Name...
Straße...
Wohnort...

(Ausschneiden,auf eine Postkarte kleben).

Hallo Fähns ! Wenn ihr was zu setzen habt, her damit: wir composern Block-, Flatter-, Rauhsatz — und das für 40 Mark pro Speicher (das sind 4 Schreibmaschinenseiten bei 1 1/2-zeiliger Schrift). Also anrufen: 0611/704352 ! Eure Lieben von der ID-Composergruppe.

Folgende Schwerpunktnummern können nachbestellt werden:
Nr.338 "Anti-Militarismus"
Nr.346 "Atomland Hessen"
Nr.353 Vom Mythos der Indianer(Neuauflage)
Nr.357 OTRAG:Westdeutsche Billigraketen für die Dritte Welt
Nr.366 "Alternative Preise"
Preis je Nummer 2,50 DM.Bei Vorauskasse bitte deutlich Anschrift und gewünschte Heft-Nummer notieren.
Der ID sucht dringend Spender für Freiabonnements, die an Gefangene und Insassen psychiatrischer Anstalten gehen, vor allem für die Gefängnisse Butzbach(Hessen),Diez(Rheinland-Pfalz),Berlin, Münster,Werl(Nordrhein-Westfalen), Köln, Aachen, München.
Für den Bezug des ID in den Gefängnissen ist folgender EIGENTUMSVORBEHALT zu beachten:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Abenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zurhabenahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Der ID ist eine leserbestimmte Zeitschrift und greift vorzugsweise Themen und Gesichtspunkte auf, die in den "ausgewogenen" Medien zu kurz kommen; sein Motto ist: "Die Wahrheit über Katzen erfährst du von den Mäusen".

Er wird redaktionell beraten und in der Öffentlichkeit, wenn nötig, verteidigt von einem Beirat, dem die folgenden Mitglieder angehören:

INHALTSVERZEICHNIS

ALTERNATIVES LEBEN, MEDIEN, WAHN & SINN

INTERNATIONALES, LATEINAMERIKA, REAGAN

ÖKOLOGIE, NUR FLIEGEN IST SCHÖNER, JET-SET

ARBEIT UNTER ALLSEITIG GEREIZTEN BEDINGUNGEN

REPRESSION UND WIDERSTAND, GUERILLA, KNAST

Internationales

EL SALVADOR

Vor der Entscheidung

Vor über 1 Woche hat in El Salvador der Volksaufstand begonnen. Wie er sich weiterentwickeln wird, ist z.Zt. nicht abzusehen.
Wir veröffentlichen im folgenden Hintergrundmaterial, zunächst eine knappe Darstellung der ökonomischen und politischen Situation El Salvadors, dann ein Interview mit H. Dada, einem Christdemokrat, der Kanzler der 1. Militärjunta war und jetzt zum Volksheer übergegangen ist, und zum Schluß eine Übersetzung aus "le monde diplomatique", zu Reagan und der nordamerikanischen Lateinamerikapolitik.

Außerdem möchten wir nochmals auf die am 31. Januar in Frankfurt stattfindende nationale Demonstration gegen eine US-Intervention in El Salvador hinweisen (Beginn: 11 Uhr, Campus, Bockenheimer Warte). Weiterhin bestehen immer noch die Konten, auf die jeder einen Spendenbeitrag überweisen kann.

Zur Situation in El Salvador

Mit 21.000 qkm Fläche ist El Salvador etwa so groß wie Hessen. Es hat 4,6 Mio. Einwohner, davon sind 84 % Mestizen, 6 % Indios und 10 % Weiße. 85 % der Bevölkerung sind katholisch.

El Salvador ist ein rückständiges Agrarland, in dem sich allerdings die kapitalistische Produktionsweise ziemlich durchgesetzt hat. Der Anbau und Export von Kaffee bestimmt die Wirtschaft. Systematisch verstärkt wurde der Anbau von Baumwolle, was eine bescheidene Industrialisierung Anfang der fünfziger Jahre ermöglicht hat. Nur 15 % des Bruttosozialprodukts kommen aus der verarbeitenden Industrie. Fast die Hälfte der Erwerbstätigen ist in der Landwirtschaft beschäftigt, ein Fünftel im Handel und in den Dienstleistungszweigen.

Die besitzende Klasse El Salvadors (die 14 Familien) spielen mehr als in anderen

Ländern Mittelamerikas eine wirtschaftliche und politische Rolle. Trotzdem wird die Wirtschaft von ausländischem Kapital beherrscht. Ein großer Teil der Eisenbahnen, Versicherungsgesellschaften erdölverarbeitenden und Lebensmittelindustrie, sowie der Plantagen ist in den Händen amerikanischen Kapitals. Japanisches Kapital ist in der Elektroenergieerzeugung, kanadisches in der Silberförderung, deutsches vor allem im Maschinenbau investiert.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche ist verteilt auf die Latifundien (75 %) der Großgrundbesitzer; die restlichen 25 % des Bodens sind aufgeteilt in Kleinstparzellen, die sich die übergroße Mehrheit der Bauern teilt.

Die Hälfte der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung ist arbeitslos. Es herrscht akuter Wohnungsmangel, viele leben in Slums. 40 % der Bevölkerung über 10 Jahre sind Analphabeten. Ein großer Teil der Landarbeiter bekommt keinen Lohn, statt dessen wird ihnen ein Stück mageres Land geliehen, das sie bearbeiten dürfen. Teile der armen Bauern müssen als Pacht für ihr Land auf den Plantagen der Großgrundbesitzer arbeiten.

70 % aller Kinder unter 5 Jahren leiden an schwerster Unterentwicklung und damit verbundenen Krankheiten. Auf dem Land gibt es keinen Gesundheitsdienst.

Seit 1932 wird das Land von Militärdiktaturen regiert.
Um den anwachsenden Widerstand der Bevölkerung in den Griff zu bekommen und um einer Entwicklung wie in Nicaragua zuvorzukommen, wurde in einem Putsch am 15. Okt. 79 der Diktator Romero gestürzt und durch eine Militärjunta ersetzt. Diese Junta von sogenannten "gemäßigten" Offizieren versprach mehr Demokratie, Agrarreform und Umverteilung des Reichtums. Sie wurde zunächst unterstützt von der Christdemokratie, der sozialdemokratischen MNR und der prosowjetischen UDN.

Die Versprechungen erwiesen sich sehr schnell als Lüge. Großgrundbesitzer konnten das Land mit Gewinn zurückkaufen; Teile des Heeres und Orden (rechtsextr. Terrororganisation) brachten Ländereien in ihren Besitz und errichteten 'Wehrdörfer'; Führer der Landarbeiter, die man aufrief, sich in den neuen 'Kollektiven' zu organisieren, wurden so ausfindig gemacht und ermordet.

Die Repression wurde verstärkt, Folter und Mord nahmen ständig zu. MNR, UDN und Teile der Christdemokratie brachen mit der Junta und schloßen sich der Widerstandsbewegung an.

Im Laufe des Jahres 1980 vereinigten sich Schritt für Schritt die verschiedenen Oppositionsbewegungen des Landes. Zunächst schlossen sich Anfang des Jahres die bis dahin getrennt handelnden Guerillaorganisationen zusammen: die FPL (Volksbefreiungskräfte), PCS (Kommunistische Partei), die FARN (bewaffnete Streitkräfte des Nationalen Widerstands) und die ERP (revolutionäres Volksheer). Sofort danach schloßen sich auch die 4 revolutionären Massenorganisationen (zur CRM) zusammen: der BRP (revolutionäre Volksblock), UDN (demokratische Nationalistische Union), LP - 28 (Volksliga des 28. Februar) und FAPU (vereinigte Volksaktionsfront). Aus dieser revolutionären Massenkoordination entstand dann im Zusammenschluß mit den restlichen oppositionellen Kräften – auch der Bewegung der Techniker – d.h. allen demokratischen, reformistischen und bürgerlichen Gruppen – die FDR (demokratisch-revolutionäre Front). Im Oktober wurde die FFMLN (Frente Farabundo Marti de Liberacion Nacional) gegründet, um das Volksheer zu koordinieren und führen.

Diese Prozesse der Vereinheitlichung verliefen nicht ohne Probleme; vor allem durch die Haltung der FARN, die ständig versuchte, Bündnismöglichkeiten mit fortschrittlichen Teilen des Militärs zu schaffen, wurde mehrmals die einheitliche Linie in Frage gestellt.

Nicht nur die oppositionellen Christdemokraten und Sozialdemokraten schlossen sich der FDR an, auch hohe Offiziere verließen die Junta (Majano – der Gegenspieler Gutierrez – als "gemäßigt" geltender Offizier, der jetzt im Untergrund lebt und sich der FFMLN angeschlossen hat).

Die jetzige Regierung des Präsidenten Duarte und des reaktionären Teils der Armee hat keinerlei Rückhalt mehr in den demokratischen Parteien und dem Volk, sie wird von der besitzenden Oligarchie gestützt, die es vorgezogen hat, sich mit der Armee zu verbünden (im Gegensatz zu Nicaragua, wo die oppositionelle Bourgeoisie sich gegen Somoza stellte).

Im Verlauf des Januars 1981 haben sich die Fronten verhärtet; der Terror der Militärmacht und der paramilitärischen Organisationen gegen das Volk hat zu über 10.000 Toten geführt. Mit den grausamsten Folterungen, Entführungen, Vernichtung von Erde, ganzer Dörfer, Entlaubungsaktionen wie in Vietnam und Bombardierung ganzer Regionen versuchten die Militärs den Widerstand zu brechen und die 'befreiten' Zonen des Landes (von der Guerilla kontrolliert) in ihre Macht zu bekommen.

Die rechtsradikalen Militärregimes Guatemalas und Honduras unterstützen die Junta El Salvadors durch die Errichtung von 'Militärgürteln' um El Salvador. In den letzten Tagen sollen zahlreiche Dörfer im Grenzgebiet von der honduranischen Luftwaffe bombardiert worden sein.

Schon vor Beginn der Offensive des Volksheeres war die Situation für die Bevölkerung äußerst bedrohlich. Über 100.000 leben schon in Flüchtlingslagern in und außerhalb des Landes, z.Zt. drohen verwesende Leichen Epidemien auszulösen, Hungerkatastrophen stehen bevor.

Die Hauptstütze der Junta ist die USA (neben Venezuela, Guatemala, Honduras, Chile und Argentinien), von deren militärischem Eingreifen die Entwicklung El Salvadors und ganz Mittelamerikas abhängt.

Die Waffen – die einzige Alternative

Interview mit Hector Dada, Ingenieur und Ökonom, christdemokratischer Kanzler der ersten zivil/militärischen Junta von El Salvador (15.Oktober 79), der diese Junta verließ, als ihr reaktionärer Kurs ihm klar wurde und sich der demokratisch-revolutionären Oppositionsfront anschloß.(Aus Marka Nr.186, peruanische Wochenzeitung).
Im folgenden Interview wird die Junta als reformversprechende Kraft dargestellt, die von breiten Teilen der Bevölkerung unterstützt worden sei. Tatsächlich haben die revolutionären Massenorganisationen schon gleich nach dem Sturz des Diktators Romero (Ende 1979) die Einsetzung der Junta als Versuch der USA denunziert, die Linke im Land zu isolieren und die Bevölkerung mit Versprechungen zu ködern, die sie niemals erfüllen könnten, da sie die Struktur und Herrschaftsgefüge des Landes nicht angreife.
Obwohl Dada nur sehr oberflächlich auf die Problematik eingeht, erscheint uns dieses Interview interessant, vor allem unter dem Aspekt eines möglichen Sieges der Oppositionskräfte, die er klar benennt. Er spricht von sich in erster Linie als "Christ", tatsächlich steht die Kirche (außer der Spitze,die nach der Ermordung des Erzbischofs Romero halbherzige und schwankende Positionen einnimmt) hinter dem Befreiungskampf des Volkes.

Frage: Nach allem, was jetzt in El Salvador geschieht, wie erklärst du es, daß du Mitglied der zwei Juntas gewesen bist?
Dada: Es gibt qualitative Unterschiede zwischen den beiden Juntas und der aktuellen Regierung. Die erste, die am 15. Oktober 1979 an die Macht gekommen war, war der Versuch einer breiten Volksallianz, Reformen durchzuführen, die dem Volk zugute kommen und eine Ausweitung der Gewalt verhindern sollten. Die zweite Junta entstand aus dem Scheitern der ersten, und wir nahmen ohne Illusionen daran teil. Als die Ultra-

rechte, die heute El Salvador regiert, diesen Weg der Reformen total blockierte, glaubten viele von uns, daß der Moment gekommen war, uns dem revolutionären Kampf des Volkes anzuschließen.

Frage: Glaubst du, daß das Volk von El Salvador seinen Willen durchsetzen kann, ohne zu den Waffen zu greifen?

Die letzte Umbildung der Regierung bedeutet die Konsolidierung des faschistischen Sektors der Armee.Napoleon Duarte ist ein „Präsident", der den Militärapparat nicht in der Hand hat. Gleichzeitig hat der gemäßigte Sektor der Armee seine ganze Macht verloren. Folglich gibt es keinen Ansprechpartner in der Regierung, mit dem die FDR (Oppositionsfront) verhandeln könnte. Deshalb ist die einzige Alternative, die der FDR bleibt, zu den Waffen zu greifen.

Frage: Was passiert innerhalb der salvadorianischen Armee, wenn es möglich ist, daß junge, reformwillige Offiziere, die über die Mehrheit zu verfügen scheinen, innerhalb eines Jahres jegliche Initiative verlieren?

Das vertikale System der Armee hat es erlaubt, daß eine Minderheit von reaktionären Militärs vollkommen die Macht an sich gerissen hat. Viele junge Offiziere sind der Repression und Diskriminierung zum Opfer gefallen: einige wurden ins Exil geschickt, andere ihrer Befehlsgewalt oder Posten enthoben oder von rechten Militärs ermordet.

Frage: Bedeutet das die totale Liquidierung des fortschrittlichen Teils innerhalb der Armee?

Ich glaube, daß viele desertieren werden — einige haben es schon getan — weil sie nicht Komplizen dieses fürchterlichen Völkermordes sein wollen — und sich der FDR anschließen werden. Die FDR hat garantiert, daß man sie mit Achtung ihrer militärischen Ränge empfangen werde.

Frage: Kann die FDR militärisch siegen in den nächsten Wochen trotz der Machtübernahme Reagans?

Ja. Denn in Bezug auf El Salvador hat sich schon lange die harte nordamerikanische Linie durchgesetzt und Reagan bedeutet nur deren Fortführung. Wenn es keine militärische Intervention von außen gibt, sind die Chancen zu siegen ziemlich groß.

Frage: Steht eine Intervention bevor?

Ich glaube, man muß so handeln, als ob sie schon begonnen hätte.

Frage: Von Kuba?

Nicht von Kuba. Als ich Kanzler der Junta war, sagte man, daß Kuba Waffen über Nicaragua schicke. Ich habe oft Beweise hierfür von der Armee gefordert, niemals haben sie mir diese gegeben. Eine direkte nordamerikanische militärische Hilfe zum Völkermord ist wahrscheinlich. Eine nordamerikanische Mission hat die Junta von El Salvador umgebildet. Ebenso hat der christdemokratische Parteichef von Venezuela El Salvador erst nach dieser Umbildung verlassen.

Frage: Stimmt es, daß das, was in El Salvador passiert, als Konsequenz aus der Revolution in Nicaragua zu sehen ist?

Das ist eine sehr verbreitete Idee, aber falsch. Der Kampf des Volkes von El Salvador hat lange vor der Offensive in Nicaragua begonnen. Allerdings hat die Auflösung der somozistischen Armee das Heer in Salvador sehr aufgeschreckt.Die Vorgänge in meinem Land werden aber von den internen Problemen bestimmt.

Frage: Die Sandinistische Befreiungsbewegung hat eine enorme Arbeit auf internationaler Ebene geleistet.Wie sehen die Chancen für die FDR aus, eine internationale Solidarität zu erhalten?

Wir wissen, daß die internationalen Bedingungen nicht die gleichen sind für El Salvador, aber die Solidarität mit Salvador wächst im Ausland in der letzten Zeit enorm an. In Mexiko fand ein Treffen von solidarischen Christen statt, an dem auch viele Christdemokraten Lateinamerikas teilnahmen. Viele fortschrittliche

Christdemokraten Europas sind auf unserer Seite. Diese Solidarität ist sehr wichtig, weil die Junta El Salvadors nur noch vom Ausland unterstützt wird, da ein Teil der Oligarchie des Landes schon geflüchtet ist.

Frage: Wieso unterstützt die Regierung Venezuelas (Christdemokratie) so massiv die Junta El Salvadors?

Als der Präsident Venezuelas gesehen hat, daß in der Befreiungsbewegung El Salvadors Marxisten sind, ist ein antikommunistischer Geist erwacht. Die internationale Christdemokratie ist gespalten, in Nicaragua hat sie sich in einen reaktionären Sektor und in einen, der den Volkskampf unterstützt, geteilt. So ähnlich ist es auch in meinem Land. Die Christdemokraten haben sich zum größten Teil der FDR angeschlossen.

Frage: Gibt es schon Konflikte in der FDR zwischen Christdemokraten und Marxisten?

Nein. In der FDR kämpfen viele Christen mit sozialistischen Ideen zusammen mit Militanten von Organisationen, die sich marxistisch nennen.

Reagan: der Superman in Mittelamerika?

Klar ist, daß durch den Wechsel in der US-Präsidentschaft von Carter zu Reagan Entwicklungen, wie sie durch den Sieg der Sandinistas in Nicaragua und die Offensive der FDR in El Salvador gegeben sind, gefährdet sind. Befürchtet werden muß eine direkte militärische Intervention der USA in El Salvador, die 200.000 Menschen das Leben kosten könnte, wie die FDR meint, und auch politische Hoffnung in Lateinamerika auf Jahrzehnte begraben könnte. Auch die Administration Carters hat vor allem in ihrem letzten Regierungsjahr kräftig dazu beigetragen, die Junta in El Salvador gerade auch militärisch zu unterstützen – das Dissidentenpapier aus der US-Administration zeigt das deutlich (ID Nr. 363), – aber es ist doch die Frage, ob Reagan sich nicht gleich zu Beginn seiner Amtszeit auf das Abenteuer einer direkten militärischen Intervention einlassen wird. In der TAZ erschien am 16.1.81 die Übersetzung eines Artikels aus der kanadischen Zeitschrift „Central American Update", in dem die These vertreten wird, daß Reagan durchaus noch andere Mittel in der „Grauzone" zwischen militärischer Intervention und den herkömmlichen diplomatischen Kanälen zur Verfügung stehen – nämlich Geheimdienstoperationen!

Daß eine direkte militärische Intervention der USA in El Salvador auch für die USA ein riskantes Unternehmen bedeuten würde, zeigt die gekürzte Übersetzung des folgenden Artikels aus der "Le monde diplomatique" vom Jauuar 1981. Mangels geeigneter Analysen über die außenpolitischen Bedingungen einer Durchsetzung Reagan'scher Politik bringen wir diesen Artikel, der sich allerdings auf diese Außenpolitik beschränkt, also auf innere Strukturen lateinamerikanischer Länder und auf wirtschaftliche Faktoren kaum eingeht und der deshalb auch einigen Illusionen, was das Verhalten „demokratischer" Länder und die Kontrolle durch „Öffentlichkeit" angeht, schürt.

Auch die Politik der Sozialistischen Internationale wird als zu positiv dargestellt. Trotz der objektiven Angewiesenheit auf die Unterstützung durch die Sozialdemokratie besteht nämlich sehr wohl die Gefahr, daß revolutionäre Bewegungen – wie wir das aus Portugal kennen – behindert werden zugunsten sozialdemokratischer Lösungen, die aber für die Länder, um die es im Moment in Lateinamerika geht, sowieso illusionär sind. So, und nun endlich der versprochene Artikel:

„Der neue Präsident verfügt über keine Doktrin wie die „Menschenrechtsdoktrin" von Carter, die für die USA mindestens den Vorteil hatte, bestimmte traditionelle Feindseligkeiten gegenüber der US-Politik zu neutralisieren. . . .

Mit dem Weltbild von Reagan und seinen Beratern ist es in Lateinamerika kaum möglich, neue Verbündete für die USA zu finden. Es könnte auch die privilegierten Partner von Carter (Regierungen von Mexico und Costa Rica und die Länder des Andenpaktes) dazu zwingen, – egal, was sie davon haben – sich deutlicher von den USA abzusetzen, um der öffentlichen Meinung in ihren Ländern Rechnung zu tragen. Einige Theoretiker der lateiamerikanischen extremen Linken spekulieren bereits auf die Abweisung, die die Politik von Reagan zwangsläufig erzeugen wird, um in ihren Ländern diejenigen zu isolieren, die noch wagen sollten, sich zu Washington zu bekennen, während die Politik von Carter genau diese Radikalisierung verhindert hatte.

Der gravierendste Fall, mit dem Reagan konfrontiert sein wird, ist El Salvador. Eine Militärintervention könnte ganz Lateinamerika in Brand setzen. Sie brächte die wenigen demokratischen Regierungen in Lateinamerika, die die Junta in El Salvador nicht ohne große interne Schwierigkeiten unterstützen (Costa Rica, Venezuela) in unerträgliche Spannungen, ebenso würde das heftige Reaktionen in der US-amerikanischen öffentlichen Meinung provozieren. . .

Die Sozialistische Internationale hat anläßlich ihres 15. Kongresses im November 1980 in Madrid ihre nochmalige Mißbilligung der Militärhilfe und der politischen Unterstützung der USA für die Junta in El Salvador ausgedrückt, und das trotz der eiligen Intervention von US-amerikanischen Diplomaten und offiziellen Gesandten bei den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas. Die Schlußresolution geht in diesem Fall sogar über das hinaus, was sonst üblich ist: "Wir sind beunruhigt durch einige Kommentare, die Lateinamerika betreffen, und die der republikanische Präsidentschaftskandidat gemacht hat, insbesondere seine Unterstützung des diktatorischen Regimes in El Salvador und Guatemala, wie auch seine Angriffe gegen Grenada". . .

Das sog. New Jewel Movement von Grenada wurde als neue Mitgliedspartei in die Sozialistische Internationale aufgenommen, und das in einem Augenblick, in dem die Regierung Bishop in der Karibik isoliert dasteht nach der Niederlage von Manley in Jamaika und natürlich besonders anfällig ist gegenüber Destabilisierungsversuchen oder militärischer Invasion. So ist es durchaus nicht überraschend, daß Fidel Castro einigen Initiativen der europäischen Sozialdemokratie durchaus positive Züge abgewinnen kann.

Die BRD ist nicht nur ein ernsthafter ökonomischer Rivale für die USA, sondern dank der Sozialistischen Internationale ein konkurrierendes politisches Zentrum. . .

Aber vielleicht hat Reagan mehr von Mexiko als von Europa zu befürchten. Die strategische Schule von Georgetown – genau so bedeutend für Reagan wie seinerzeit die Trilaterale Kommission für Carter – sagt, daß größere Öllieferungen aus Mexiko zur Erhaltung der „Nationalen Sicherheit" der USA notwendig seien (hier glaubte die US-Politik schon immer ein Recht auf Zugang zu haben). Vorbeugend hat der mexikanische Präsident Lopez Portillo gegenüber dem Weißen Haus bedeutet, die USA dürften (in Bezug auf El Salvador) nicht intervenieren und sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen, die reif (!) und fähig (!) genug seien, ihre eigenen Probleme zu lösen. So hat denn Mexiko inzwischen Ehrgeiz nach der „eigenen" zentralamerikanischen und karibischen Politik. . .

In Nicaragua bleibt den USA nur die ökonomische Waffe und die berühmten Kredite in Höhe von 75 Mill. Dollar, die zwar schon bewilligt worden sind, deren Gewährung aber an ein „Wohlverhalten" der Sandinistas in Lateinamerika gebunden sind. Nur könnte die ökonomische Waffe Nicaragua in die Arme Kubas und des Ostblocks treiben. . .

Lateinamerika hat aufgehört, Spielball alleiniger US-amerikanischer Interessen zu sein, das müßte eigentlich auch für Reagan gelten."

Teach in über El Salvador
Am Vorabend der nationalen El-Salvador-Demonstration findet im Hörsaal VI der Frankfurter Universität eine Informationsveranstaltung u.a. mit Vertretern der FDR statt. 30 Januar, 19.30 Uhr.

Radio Isnogud, UKW 101 MHZ, sendet zu El Salvador am Do., 29.1., 19.00 Uhr und Fr. 30.1., 19.00 Uhr in Frankfurt (Demo am 31. Januar, 11.00 Uhr, ab Campus).

Spendenkonten für El Salvador:
Tageszeitung, Spendenkonto "Waffen für El Salvador", Sonderkonto, Postscheck Berlin-West Nr. 28859-107 (Bankleitzahl 10010010);
ID-Spendenkonto, Sonderkonto El Salvador, Postscheck Frankfurt: Nr. 44747-608 (Bankleitzahl 50010060).
Medizinische Hilfe: Medico International, Stadtsparkasse Frankfurt, Konto Nr. 232 (Bankleitzahl 50050102).
Für die Volksorganisationen, die FDR, die Menschenrechtskommission El Salvador und das Erzbistum El Salvador: Informationsstelle El Salvador, Postscheck München Nr. 180769-802 (Bankleitzahl 70010080).

Eine Rede über Leonard Peltier, indianischer und politischer Gefangener in den USA, hat sein Freund Steve Robideao, am 17 November 1980 im Hamburger Martin-Luther-King-Haus gehalten. Technologie und Landnutzung, Gefängnisse und indianischer Lebensstil, und die Unterstützung Peltiers sind seine Themen. Ihr bekommt die Rede bei der **American Indian Movement Support Group, c/o Renate Domnick, Hansaplatz 5, 2000 Hamburg 1, Tel. 040/ 243480.** Außerdem die Broschüre der Gruppe zum Russell-Tribunal "Die Rechte der Indianer Nordamerikas", am Beispiel der Irokesen, Hopi, Hupa, Sioux und Dene.

Wer mit dem Auto nach England fährt, kann aufatmen: ein ID-Leser hat es ausprobiert und tatsächlich Erfolg gehabt – die Polizei, die beim Abschleppen in London das Zündschloß seines Wagens beschädigte, hat sich entschuldigt und die Reparatur bezahlt. Nach reichlichem Papierkrieg, versteht sich. Wer immer noch nicht mit dem Rad alternativ übern Kanal fährt und daher in ähnlicher Situation Rat und Hilfe braucht, wende sich an **Klaus-Dieter Martin, Württemberger Str. 51, 6231 Schwalbach-Limes, Tel. 06196/1563.**

Die italienische Tageszeitung „Lotta continua" wird – vorläufig – eingestellt. Seit Jahren schon krebsen sie mit ihrer finanziellen Misere dahin. Politischer Hintergrund: Lotta continua war immer „Bewegungszeitung" d.h. von Höhen und Tiefen der linken Bewegung abhängig und dementsprechend in letzter Zeit ziemlich dürftig. Finanzieller Hintergrund: Der Zeitung fehlen 1 Million DM, die sie sich von einer Gesetzesreform zum Pressewesen erhoffen. Das Gesetz liegt seit einem Jahr im italienischen Parlament und wird nicht verabschiedet. Den Tageszeitungen, die einen Kapitalgeber im Hintergrund haben (so gut wie alle italienischen Zeitungen) macht dies nicht so viel aus, für Lotta continua ist es der Bankrott.

Erst vor einer Woche hatte Lotta continua von Bleisatz auf Lichtsatz umgestellt. Was machen die jetzt mit ihren teuren Lichtsatzgeräten? Wir wollen sie nicht.

Arrividerci . . . . .

„Volksbildung im Baskenland" ist der Titel eines Buches, das anhand einer alternativen Volkshochschule in Bilbao die heutige Situation im Baskenland beschreibt. Universidad Popular, 220 Seiten, 12,- DM einzuzahlen für AG Volkshochschule **Kto.nr.: 12 269 Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00)** und gleichzeitig eine Kopie der Einzahlungsbelege schicken an **Apartado 3 6. 214 Madrid, Spanien**

„Führen Sie bitte nachstehend alle Personen auf, die die Nacht zum 2. Dezember hier verbringen", schrieb das Berner Statistische Bundesamt allen Schweizern in 6,3 Millionen Fragebögen zur Volkszählung 1980. Größtenteils vergeblich. Denn statt diese – sicherlich für Klatsch und Tratsch, Computerspiele und Fahndungsscherze hochinteressante – Frage zu beantworten, hetzten die Eidgenos(inn)en Hunde auf die Volkszähler, riefen ihnen „Arschloch" nach, verweigerten das Ausfüllen und riefen die Auskunftstelefone an, bis sie zusammenbrachen. Ganz beherzte Unbekannte schlugen schließlich Plakate an, in denen der Abbruch der Volkszählung wegen mangelnder Rechtsgrundlage bekannt gemacht wurde. „Das Recht auf Aussageverweigerung darf weder aus sozialen oder ökonomischen Rücksichten, noch wegen bisherigen Verhaltens oder aus polizeilichen Gründen beschränkt werden", war die Plakat-Version des Artikels 13 der Bundesverfassung. Daß der Artikel, ob auf dem Papier der Verfassung oder nicht, jedenfalls in den Schweizerköpfen so heißt, hat die Presse (z.B. der **„Tagesanzeiger", Werdstr. 21, CH-8021 Zürich, Tel.: 01248-4411)** ausführlich berichtet. Die schönen Plakate kopieren wir euch auf Wunsch.

WER SITZT AM LÄNGEREN HEBEL ?

Ökologie ★

Die Startbahngegner machen Geschichte

Im Gebiet um den Frankfurter Flughafen Rhein-Main hat sich in den letzten Jahren ein starker regionaler Widerstand gegen die Vergrößerung des Flughafens, genauer die Startbahn 18 West, entwickelt. Die konsequenteste Haltung gegen Startbahnbau und für Nachtflugverbot nimmt die Bürgerinitiative ein. Sie besteht aus den Ortsgruppen in der unmittelbaren Nähe der Betonpiste, des besonders stark von Lärm, Kerosin und Abgasen belasteten Lebensraums. Sie wächst seit wenigen Monaten erfreulicherweise an –nach Überwindung tradierter Hemmschwellen–, um Gruppen in den Großstädten Frankfurt, Darmstadt, Mainz und Wiesbaden.

Das vorhandene breite Bündnis aller Startbahngegner, ob sie nun in der Bürgerinitiative, in der kommunalen Arbeitsgemeinschaft Flughafenerweiterung, in der Parteienaktionsgemeinschaft Mörfelden-Walldorf (SPD-CDU-DKP-FDP), in DGB-Ortskartellen, in Kirchen, Schulen usw. organisiert sind, erfordert eine ständige demokratische Willensbildung, die Erpressungs-, Spaltungs- und Entmutigungsversuchen standhalten muß. Denn: am längeren Hebel müssen die Startbahngegner sitzen, um das menschenverachtende, großtechnologische, unsinnige Bauprojekt zu verhindern – und sei's drum, daß die hessische SPD/FDP-Landesregierung den Hut nehmen muß.

Die umweltbewußten Bürger finden Unterstützung durch Fachleute –Piloten, Fluglotsen und Angestellte der Flughafen AG–, die nach genauen Berechnungen nur eine geringfügige Kapazitätserweiterung durch die Startbahn feststellten. Von dem englischen Verkehrswissenschaftler Ted Hooton, der auf Befürworterseite ausagt und auch für das Hearing Anfang Februar 1980 als Gutachter eingeladen ist, wurde der BI jetzt eine Studie vom März '80 bekannt, die lächerliche 5,9 % mehr an Starts ausweist.

In einem Gespräch geht ein Beteiligter in der Bürgerinitiative auf Geschichte, persönliche Motivation, Schwerpunkte, Konflikte, Struktur, Zusammenhang des Engagements in Gewerkschaft und Bürgerinitiative, auf den Widerspruch zwischen Startbahngegnern in DGB-Ortskartellen (unter anderem der Opelstadt Rüsselsheim) einerseits und ÖTV und Flughafen-Vertrauensleuten als Befürwortern andererseits ein. Weiterhin geht es um das Auseinanderklaffen von regionalem und städtischem Widerstand sowie um die Orientierung an Wyhl und Marckolsheim.

Es sprach ein Frankfurter vor dem Auditorium: Was interessieren mich die Bäume am Flughafen. Mich interessieren die sozialen Bewegungen.

Gisela/ID

Artikel gegen die Startbahn West gab es auch in den IDs 355 f.

Gespräch vom 7.Januar 1981

– Mich würde erst mal interessieren, wielange die Bürgerinitiative existiert und seit wann du mitmachst.

– In Mörfelden sieht es so aus, da es hier schon lange eine Bewegung gibt, die sich mit dem Flughafen beschäftigt. Die ersten Sachen, die gemacht wurden, sind – soweit ich weiß – vom Pfarrer Oeser initiiert worden, der irgendwann mal nach Mörfelden kam als Pfarrer, ich glaube, Anfang der 60er oder Ende der 50er Jahre schon und der hat dann hier angefangen, das mit dem Flughafen zu problematisieren, die Lärmfrage hauptsächlich. Er ist nach seinen eigenen Aussagen und auch nach Aussagen von anderen früher viel belächelt worden. Die haben also gesagt, der ist verrückt, wir brauchen den Flughafen, die Arbeitsplätze, was soll man da rummäkeln, es ging uns früher viel schlechter. Da ist aber allmählich die Fluglärmbelästigung doch so groß geworden, möglicherweise durch die Jets, die irgendwan, Ende der 50er, glaube ich, eingeführt worden sind. Die Leute haben es dann immer mehr gemerkt. Er hat mir gesagt, er hätte schon mal Mitte der 60er Jahre bis Anfang der 70er, ich weiß nicht mehr genau, wann das war, in einer Unterschriftenaktion 30 000 Unterschriften zusammengekriegt.

Außerdem gab es diese kommunalen Klagen. Aber da ist hier nicht viel auf parlamentarischer Ebene abgehandelt worden. In die Vereinigung vom Oeser sind nur relativ wenig Leute reingegangen. Er hat das auch resigniert quittiert: die Leute wollten sich nicht engagieren usw. Der Grund ist meiner Meinung aber der, daß die Mörfelder Vereinigung genauso wie die Offenbacher im wesentlichen auf dem Klageweg gearbeitet hat und so die Bevölkerung auch nicht ansprechen konnte. Das war eben so ein Honoratiorenverein, wird auch selbst so eingeschätzt von einigen Mitgliedern. Da konnte man sich nur in sehr gestochenen Formulierungen im wesentlichen unterhalten. Das hat einfach keine Attraktivität gehabt für die Leute.

RAUS AUS DER GROSSTADT

Ich bin vor 10 Jahren nach Mörfelden gezogen, ich habe vorher in Frankfurt gewohnt. Das war für mich auch raus aus der Großstadt. Es war nicht ein bewußter Versuch, sondern ich hatte vorgehabt, wenn es geht , aus der Großstadt ein bißchen raus zu kommen in eine bessere Wohnumgebung.

Eine der ersten Sachen, die ich wahrgenommen hatte außer den schönen Schafen hinterm Haus, wo jetzt ein Neubaugebiet ist, war nachts der Fluglärm. Ich hab damals bei Freunden hier manchmal übernachtet. Die haben immer gesagt, ach, das ist net so schlimm, du gewöhnst dich dran, im Verhältnis zu Frankfurt ist das unheimlich viel besser, was da an Lärm ist. Mich hat das damals aber schon erheblich irritiert. *Ich bin dann trotzdem rausgezogen damals, einfach wegen der Fahrtstreckenverkürzung zum Arbeitsplatz und weil mich Mörfelden interessiert hat. Ich habe gewußt, daß das eine Gemeinde ist, wo es immer schon eine Arbeiterbewegung gegeben hatte.* Eine ziemlich starke, wo es vor dem 2. Weltkrieg z.B. einen kommunistischen Bürgermeister gegeben hat, 1932, und hier immer Widerstand gegen Unternehmermacht oder wie man es jetzt nennen will schon da gewesen war. Ich war vorher in der Studentenbewegung drin gewesen und in der Gewerkschaftsbewegung. Also deswegen bin ich raus.

Dann war es so, daß ich von der Startbahn West nur hab munkeln hören, so 1975, 1976. Die wollen da hinten ne Startbahn bauen. Aber hab das weiter nicht verfolgt.

Ich bin das erste Mal wirklich erschrocken, nachdem ich in der Stadtzeitung der DKP hier, im "Blickpunkt", 'ne Karte gesehen hab, wie das aussieht überhaupt. Wie nah das da hinten an das Gebiet, wo ich oft spazieren war, ran kommt und wie nah das auch an Mörfelden ran kommt.

– Eine Karte von der Waldzerstörung?
– Von der Startbahn West, wie das geplant ist, der Umfang überhaupt. Das hatte ich das allererste Mal da gesehen. Es war ein Zufall, daß es von der DKP war, vielleicht auch nicht.
– Vielleicht auch nicht.

REIN INS GETÜMMEL

– Weil, irgendwo wurde das überall noch ein bißchen verharmlost. Dann hab ich durch Zufall von einem Freund erfahren, daß der Pfarrer Oeser zur letzten Runde ein Jäuten wird. Da stand damals der Verkauf von 303 ha Wald durch die Hessische Landesregierung an die FAG an. Da hat es in den 70er Jahren eine Umgemarkung gegeben, wo Wald, der vordem Gemeinden hier gehört hat, wo das erst mal Frankfurter Territorium geworden war, von der Gemarkung, also Polizeizuständigkeit her, und das Land auch in Besitz vom Land Hessen gekommen ist, sodaß es dann sehr einfach war, diese 303 ha, die zur Verlängerung der Startbahn benötigt wurden, erst mal an die FAG zu verkaufen. Das war der Anlaß gewesen. Da hat er verschiedene Vereinigungen im Dezember 78 im Rathaus zusammengerufen.
– Vor zwei Jahren.
– Ja, ich bin da einfach mal hingegangen, dachte, daß das eine sehr wichtige Geschichte ist, einmal, weil mir dieser Krach immer noch was ausgemacht hat, allerdings schon mit einer gewissen Gewöhnung dran, ich bin nicht mehr aufgewacht nachts, hab das als störend empfunden, aber manchmal war es halt ziemlich laut. Dann aber auch, weil ich mir ziemlich frühzeitig gedacht hab, daß das einen Konflikt gibt hier, der vergleichbar ist, wenn man sich dahinter klemmt und die Sache nicht einschlafen läßt, vergleichbar ist vom Ausmaß der Zerstörung her mit dem, was an Kernkraftwerken gelaufen ist. Mit diesen Bewegungen habe ich schon immer sympathisiert, habe in Frankfurt weiter nichts gemacht, da gab es keine grösseren Aktionen. Ich war in Wyhl mal gewesen und hab mir angeguckt und in Marckolsheim. Das ist auf der anderen Seite von Wyhl, ich weiß nicht, ob du es kennst.
– Ja, gegen das Bleiwerk.
– Die haben da ein Freundschaftshus gebaut. Da habe ich mit meiner Frau mal eine Silversternacht verbracht, weil wir in der Nähe immer Urlaub gemacht hatten, haben wir gesagt, gucken wir uns das mal an. Das war unheimlich interessant gewesen, weil wir da gesehen haben, daß wirklich Leute aus der Bevölkerung da waren. Ich hab das irgendwie so mitgekriegt und fand das richtig was gemacht wird. Aber ich bin eigentlich weniger Bürgerinitiativler als Gewerkschafter oder Sozialist und bin eher von den zwei Ecken da dran gekommen, einmal, weil ich unheimlich gern in der Natur bin, immer Gartenarbeit gemacht hab, so Geschichten und auch vom Halbland komm. Hier das war schon wieder für mich was gewesen.
So ne Gegend, wo du einfach wieder naturverbundener bist und von der Asphaltwelt in Frankfurt weg warst. Da hab ich auch so ne Bedrohung drin gesehen. Das andere, daß mir das ein Konflikt erschien, wo man klar machen konnte, was es mit der gegenwärtigen Machtverteilung in der Gesellschaft auf sich hat.
Also, da war die Sitzung im Dezember 78.
Es wurde da eingebracht, daß die Sache mit den Arbeitsplätzen von Wichtigkeit ist, daß man nicht einfach nur sagen kann, das ist ein Manipulationsargument, sondern daß man die Ängste von den Arbeitnehmern aufgreifen muß, von den Kollegen in den Gewerkschaften und Betrieben, daß man nicht nur auf die Umweltzerstörung gucken darf, sondern auf das, was an gesellschaftlicher Triebkraft dahintersteckt, nämlich Profit, Wachstumsmaximierung usw. usf. Da gabs damals schon Widerstand gegen so ne Geschichte. Es waren bei der Versammlung damals nur Vertreter von Verbänden da gewesen, vielleicht vier , fünf Jugendliche, größtenteils mittelalterlich bis ältere, ab 40, die alten Kämpen. Damals war auch noch ne Frage gewesen, mobilisiert man jetzt und arbeitet auch gegen die Verlängerung der Startbahnen. Es war ja damals noch gar nichts begonnen worden. Ich war Weihnachten 77 noch in dem Wald da oben spazieren gewesen mit meiner Frau. Auch 78 im Herbst sind wir da noch oft gewesen direkt hinterm Flughafen, haben uns das angeguckt. Da gab es noch richtig so ein Waldstückchen.

NEUJAHRSSPAZIERGANG

Dann wurde im DGB-Ortskartell hier eine Begehung angeregt. Das haben die in die Presse reingebracht. Als Neujahrsspaziergang zum Jahreswechsel 78/79. Die Kollegen hier fanden das auch richtig, hatten aber auch noch nichts gemacht. Es war überhaupt noch so ein Aktionsdruck für mich überhaupt nicht wahrnehmbar. Dann ging es sehr schnell los im DGB. Der Wolf hat eine Verlautbarung an die Presse gebracht im überregionalen Rahmen, wo er sich für die Startbahn West ausgesprochen hat, für die Verlängerung der bestehenden Startbahnen. Dann fing es im DGB bißchen zu kriseln an auf der ganz unteren Ebene, es war mehr ein Knistern gewesen.
Die Begehung ist ins Wasser gefallen, weil da unheimlich hoher Schnee war an Neujahr. Es war wirklich unbegehbar das Gelände. Da waren 15, 20 Leute dagewesen.
Kurz davor hatten sie mit dem Abholzen begonnen. Da gab es immer so Guerilla-Widerstand irgendwie: daß Leute rausgegangen sind und voller Zorn Vermessungsstäbe in den Wald gefeuert haben; oder Vermessungspflöcke umgehauen worden sind; all so ein Krempel.
Die andere Geschichte ist, daß es hier schon Vorstrukturen von Bürgerinitiativenart gab, die allerdings eingeschlafen waren, aus der Bürgerinitiative "MÖRFELDEN BLEIBT". Das war damals die Zusammenlegung von den beiden Städten Mörfelden und Walldorf. Da gab es Strukturen, latent, es wurde nichts gemacht weiter.
Und es gab auch noch einen Überrest von einer Anti-Flughafenerweiterungs-Organisation, ich kann es jetzt nur ganz kompliziert benennen, die bestand aus zwei Leuten, die mit der Bürgerinitiative "MÖRFELDEN BLEIBT" etwas zu tun hatten. Ich hab mich immer gefragt: das gibts doch nicht, da muß doch irgendwer an der Basis auch was machen.. Da bin ich auf den Hans gestoßen. Der Hans ist hier der alte Lokalmatador. Du wirst ihn vielleicht von Bildern kennen. Da gibts so einen Älteren, der sich die Jugend halbwegs erhalten hat, in geistigem Sinn. Der hat einen H a ß gehabt auf den Flughafen, das gibts gar net.

Lebt der nicht mehr?

Doch, der lebt noch, doch der hat den Haß damals schon gehabt. Der war in dieser Oeser-Gruppe drin gewesen von dieser Vereinigung als Beisitzer hat er irgend ein Ehrenämtchen gehabt. Der hat dann zwischen Weihnachten und Neujahr 78 die Schilder gemalt. Da gibts so Holzschilder, ich weiß nicht, ob die dir schon mal aufgefallen sind, da gibts so kleine Holzschilder, die sind zusammengezimmert aus vier Latten, die quergelegt sind und zwei längs. Die werden mit der Axt unten

zugespitzt. Der Hans hat eine Massenproduktion begonnen, beschriftet mit irgendwelchen Sprüchen. Ich weiß net mehr wie die hießen: gegen die FAG, also gegen die Erweiterung und gegen die Politiker: z.B. einer war gewesen: "Profit geht über Leichen, wir werden hier nicht weichen".
Der Hans hat immer gesagt: ach, das ist doch alles vergebens. Ich mach das jetzt schon so lange hier. Es mächt ja keiner mit. Wo sin denn die Soldade? Mir habbe kei Soldade. Er wollte alles abblasen im Grunde, hat aber immer wieder Zeug gemacht. Er hat sich so ereifert für die Geschichte, daß er manchmal nachts nicht schlafen konnte und dann um drei oder vier Uhr nachts aufgewacht ist durch Fluglärm - und hier fliegen nachts immer Maschinen drüber- er ist dann aus der Koje gekrochen und hat in seinem Kabuff, in der Garage, die vollsteht mit altem Holz, was er überall sammelt, da hat er wieder Schilder gemacht. Er hatte einen richtigen Trieb, immer wieder diese Dinger zu machen.

ES KAMEN FAMILIEN, RENTNER, ...

Wir haben uns im Januar getroffen und haben gesagt: die Begehung, die ihr vom Ortskartell aus angesetzt hattet, die machen wir einfach noch einmal und rufen auch von uns aus dazu auf, damit das einen breiteren Rahmen kriegt. Wir haben dazu ein Flugblatt gemacht und haben dazu auch aufgerufen.
Dann war überhaupt noch nichts organisatorisch vorbereitet. Wir hatten kein Megaphon besorgt. Es gab von dem Hans die Schilder. Die mußten unbedingt dabei sein. Ein Flugblatt gabs eigentlich auch nicht außer diesem Aufruf, den wir gemacht hatten.
Wir sind dann angerückt da zu dieser Demonstration, Februar 79, und wir sind völlig fertig gewesen, weil da 300 bis 400 Leute kamen. Wir wußten überhaupt nicht, wo die herkamen. Alles war baff. Da hat sich auch schon der Charakter abgezeichnet, daß da auch Leute kamen, die man, gerade wenn man aus Frankfurt kam, nicht erwartet hatte, nämlich Familien. Es war miserables Wetter. Es hat genieselt. Es war kalt gewesen. Die sind mit kleinen Kindern dort angekommen. Und auch ältere Leute, Rentner, sind dabei gewesen. Irgendjemand hat zum Glück ein Megaphon mitgebracht, daß man wenigstens ein bißchen was sagen konnte, überhaupt die Gruppe in Bewegung setzen konnte. Da gabs auch schon ein, zwei Transparente, doch, die hatten wir auch fertig, damit man überhaupt wußte, um was es ging. Sind dann also losgestapft und haben uns das angeguckt. Da war der Henner, der ist auch in der Leitungsgruppe der BI inzwischen, der hat Erklärungen gegeben, wo das überhaupt läuft. Der war bei der Oeser-Geschichte von Anfang an mit drin. In der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald ist er hier Kreissekretär oder -geschäftsführer gewesen.
Wir sind da rumgestapft. Haben Sachen gesagt, was da geschehen soll, aufgeklärt über die Geschichte. Allerdings auch schon Stimmung gemacht, daß die Leute auch wirklich wußten, was geschah. Das war von vornherein von den Leuten, die dazugekommen waren und wirklich von der Arbeit her sich intensiv reingehängt haben, klar, daß das keine Alternativbewegung würde, keine romantische Naturschutzbewegung, sondern verknüpft war mit ner Stoßrichtung gegen Profit, staatliche Macht und allgemein Umweltzerstörung, Zerstörung von Lebensgrundlagen.
Es hatte diesen sozialen Aspekt und politischen Aspekt eigentlich von vornherein sehr stark gehabt.

Das war für mich auch überraschend, wie es damals schon ging, immer in Wellen, wo dann meiner Meinung nach die reine Naturschutzgeschichte und die Geschichte "Bäume werden kaputtgemacht" - einfach Baum als Baum und nicht als für uns Menschen ein funktioneller Bestandteil -, das hat sich immer abgewechselt, aber es war schon immer so gewesen,daß der alternative Charakter in der Bewegung nicht der vorherrschende war.
Aus diesem Kreis von Bürgerinitiativen und ähnlichen Organisationen ging im Februar 79 die Bürgerinitiative gegen Flughafenerweiterung hervor. Also gibts jetzt 2 Jahre die Geschichte. Es ging dann ziemlich schlagartig. Wir waren immer überrascht, von der Mobilisierungskraft.
Zu Frankfurt zieht sich auch vom Bewußtsein her irgendwie ein Waldgürtel hin, hat man so das Gefühl gehabt. Wir haben nie verstanden, warum sich in Frankfurt nichts tat. Da müsste man nachher mal dazu kommen.

GEWERKSCHAFTSBASIS RÜHRT SICH

Gleichzeitig hat sich auch vom DGB, da hatten wir, weil sich vom Kreisvorstand nichts geregt hat, einfach die Initiative ergriffen und haben die Ortskartelle hier aus dem Kreisgebiet zusammengerufen, eingeladen, was satzungsmäßig gar nicht geht. Das ist eigentlich sogar verboten. Was es nicht gibt, darf auch nichts tun, so ungefähr. Die Ortskartelle müssen satzungsmäßig alle Presseverlautbarungen und öffentlichen Äußerungen mit dem zuständigen Kreisvorstand bzw. den Sekretären, die unten drunter sitzen, abstimmen. Das hats nie gegeben. Die Eigenständigkeit hatten sich die Leute hier immer bewahrt. Es gab auch eigene Maiveranstaltungen trotz Versuchen, die zentral hier durchführen zu lassen. Es gab und gibt eigene Maizeitungen, obwohl auch das verboten ist, eigentlich. Hier ist von der Gewerkschaft her ein Basiselement schon immer dagewesen.

Allerdings gab es dann ein Riesendonnerwetter, da hat der *Jochen Richert* im März/April die Ortskartelle eingeladen, hat nur einen kleinen Kreis eingeladen, nicht mal alle Betroffenen, einladen lassen und hat dann die Leute hier verdonnert.
Von der Lufthansa hat ein großes Gremium sich schon mal sehr merkwürdig entschieden für die Startbahn West, nämlich mit, ich glaube mit 17 oder 20 für, 2 gegen und 50 Enthaltungen. Das war ein gewerkschaftlicher Vertrauenskörper von der Lufthansa. Wir wußten auch, daß hier Leute mit der Unterschriftenaktion der BI, die frühzeitig begonnen wurde, daß massenhaft auch Leute die bei der FAG beschäftigt sind unterschrieben haben.

BI WÄCHST AUS DEN KINDERSCHUHEN

Die nächste Aktion war ein *Osterspaziergang* gewesen, strömender Regen, 79, Oeser hatte damals schon ne andere Rolle gekriegt. Auf der Gründungsversammlung hat er urplötzlich losgezogen und hat gesagt: hier sind Radikale unter uns. Wir müssen aufpassen. Hier gibts Kommunisten und K-Gruppen und Chaoten. Die wollen die Bewegung kaputtmachen. Die wollen die Bewegung kaputt machen. Die wollen die für sich ausnutzen. Wir müssen dazwischen gehen. Diese Leute dürfen nicht reinkommen. Alles hat sich umgeguckt, hat gesucht, wo jetzt Leute mit Messern sitzen und haben sich zum Kurt umgedreht, zum Oeser, und haben gesagt: Sag mal, was ist denn los mit dir. Selbst SPD-Genossen haben gesagt: Jetzt, was soll denn das? Du ziehst hier auf einmal nen Zauber ab. Niemand weiß, was ist eigentlich dahinter. Dann hat er noch mal was gesagt, da ist er bös hinten runter gefallen, bei ner Abstimmung unterlegen. Seitdem ist seine Rolle in der Bürgerinitiativenbewegung hier melotragisch. Der ist von den Gruppierungen, von der Gesamtzahl der Mitglieder, die tätig geworden sind, nicht mehr akzeptiert worden. Der ist als Zugpferd an Ostern dabeigewesen, wir hatten ihn eingeladen, was großenteils auch zurückzuführen war auf das Engagement von Älteren in der BI, die meinten: Mensch, mir brauche jemand der nen Namen hat, da nehme mir den Oeser wieder. Es gab noch einen Antrag, ihn als Ehrendelegierten zu wählen. Er ist auch als Ehrendelegierter gewählt worden, was ihn auch gekränkt hat wohl, denn das ist ja der typische Altersruhesitz, so ne Ehrengeschichte. Er war der Mann gewesen, der jahrelang alles vorangebracht hat. In eine bestimmte Richtung gelenkt hat, nach meiner Meinung die Mühlen seiner Partei, der SPD und dieser Honoratiorenvereinigung, diese Klagegemeinschaften. Er ist nicht der Mann, der wirklich in die Bevölkerung reingegangen ist, oder nicht ausreichend.

Er hat den Widerstand schon lebendig gehalten.

Das auf jeden Fall. Er ist der Geburtshelfer gewesen von der BI, weil der eingeladen hat, damals zu dieser Gruppe, aber ist dann sofort an der Frage, soll man einen Unvereinbarkeitsbeschluß machen mit K-Gruppen, obwohl noch keiner K-Gruppen sah, an der Frage ist er gescheitert, weil jeder gesagt hat, bei uns kann mitmachen, wer sich an die Beschlüsse hält.

- Ist er derjenige, der jetzt auch an der Partei weiter hängt?

- **Der ist in der SPD drin.**

- Daß er dran hängt, daß er dafür argumentiert. Oder weißt du da im Moment nichts genaues? Für die Kommunalwahl. Denn er war ja immer ne Alibifigur, genauso wie der Coppik.

- **Der wird in der SPD weiter bleiben. Es gab mal Diskussionen, Gerüchte, daß er austreten würde. Von ihm hab ich das nicht gehört, er hat mal gesagt, daß man manchmal verzweifeln könnte an der SPD, aber er wär Sozialdemokrat.**

Ich kann es eben nicht verstehen, bei den Problemen, die hier schon immer da waren, daß es nicht gelungen ist, früher Leute wirklich auf die Beine zu bringen. Ich sehe jetzt ständig Tendenzen, wie sich seine Parteifreunde, mit welcher Angst die gegenüber Massenversammlungen behaftet sind. Die letzte Geschichte war die Aktion in Wiesbaden von der Parteienaktionsgemeinschaft, diese Demonstration (am 6.Nov.80). Das hatten sie als ihr Aktiönchen gemacht, das lief zwar bißchen in Zusammenarbeit mit der BI, der Aufruf, aber es gab keinen Redner von der BI. Die haben also immer für sich den parlamentarischen Pool für sich zu bewahren versucht. Und auch versucht, sich auf die Bewegung draufzuhängen. Zum Teil mit .. ich fand das widerlich. Der Oeser stand da auch immer irgendwo mit drin. Allerdings am Rande. Ich könnte ihm jetzt nicht vorwerfen, daß er versucht hätte, irgendwas kaputtzumachen. Es ging bei ihm immer, die SPD ist im Grunde die Partei, die die größte Bürgerinitiative Deutschlands ist. Da gibts so einen Spruch, von irgend jemand anderem. Bei ihm allerdings gebrochen dadurch, daß er als Umweltbeauftragter von der EKD auch eine andere Rolle einnehmen mußte. Da kann er sich nicht mehr so parteipolitisch engagieren, aber es kam immer wieder raus, wenn es darum ging, gegen Chaoten oder was er darunter verstanden hat, gegen KBW besonders, aufzutreten, da war er an der vordersten Front. Als das im Wald losging, dann, merkwürdigerweise, gab es eine Äußerung von ihm, wir dürfen die wie er das auch gesagt hat, wir müssen alle in den Wald hier, alle Parteimitglieder und die im Parlament sind, in die erste Reihe müssen wir hin. Wir dürfen die jungen Leute nicht den Revolutionären überlassen.

TAUSENDE BEI KUNDGEBUNG

Im Juni oder Juli haben wir, ich weiß es nicht mehr so genau, die **erste Großkundgebung** *gemacht. Da war damals eine wilde Diskussion gewesen, soll man den Landrat einladen. Da gab es eine ganz knappe Abstimmung, daß er überhaupt eingeladen werden konnte, weil viele gesagt haben, wir haben die Nase so voll von diesen Parteien und diesen Leuten, die immer so toll reden über Umweltschutz und im Grunde nichts machen. Oder wenn sie was machen, dann jedenfalls so, daß sie nichts mit der Bevölkerung am Hut haben dabei. Sondern immer nur juristisch, wissenschaftlich, Fachkräfte usw. Einige haben die Linie vertreten, daß man den Blodt (Landrat Kreis Groß-Gerau) einladen soll als Zugpferd und auch, um ihn festzulegen und zu hören, was er überhaupt zu sagen hat dazu. Geredet haben dann der Blodt, einen Arzt haben wir keinen gekriegt, dann der Schumacher (BBU) und noch einige andere Leute. Wir waren noch sehr unerfahren. Wir waren wieder total überrascht gewesen, daß da 5000, 6000 Leute etwa kamen. Als letzter Redner hat von uns einer geredet. Da waren viele schon weg gewesen, mit den Kindern, da kannst du das nicht so ausdehnen.*

Reden sind was langweiliges.

Jaja, da steht einer da oben und leiert sich einen runter. Wir hatten auch damals aus Bescheidenheit den Fehler gemacht, daß wir immer erst die Prominenz vorne weg haben reden lassen, so daß bei uns weniger Leute waren. Inzwischen wissen wir, daß man das so nicht machen kann, **wenn man eine eigene Aussage machen will als eine zusammenfassende Kraft in der Bewegung, daß unsere Redner zuletzt sprechen.**

WIDER DIE ANGST VOR ORGANISATION

Da hatten wir schon eine Satzung gehabt, hatten das Ortsgruppenprinzip durchgesetzt, d.h., daß es keine losgelöste Leitungsgruppe gibt, sondern die Leitungsgruppe be-

steht aus den Delegierten der Ortsgruppe, sie also auch gebunden sind: mit drei Ergänzungsleuten, die vom Plenum gewählt sind, damit man einigermaßen Arbeitskraft zur Verfügung hat.

Trennt sich das jetzt nicht wieder durch den zusätzlichen Delgiertenrat?

Die von den Ortsgruppen bestimmten Delegierten wählen den Delegiertenrat, so daß die Anbindung an die Ortsgruppen immer wieder gegeben ist; zwar jetzt in ner vermittelten Stufe. Aber es hat sich einfach als notwendig gezeigt. Es gab damals schon Leute, die haben dahin überlegt und argumentiert, daß man einen geschäftsführenden Ausschuß machen sollte, damit das nicht so zerfleddert. **Es hat sich nämlich gezeigt im Verlauf der Arbeit, daß 1000 Impulse, Anregungen von einzelnen Ortsgruppen kamen und niemand fand sich sie aufzugreifen - auch wegen der Abneigung gegen alles, was irgendwie nach Zentralisierung oder Zusammenfassung aussah, wo man wirklich eine Berührungsangst hatte mit irgendwelchen alten Strukturen - so daß alles zerfledderte.** *Es gab die chaotischsten Planungen und Vorbereitungen. Daß da überhaupt was zu bestimmten Veranstaltungen zustande gekommen ist, hing immer daran, daß irgendjemand im letzten Moment, sprich 8 Tage vorher, überhaupt mal alles richtig durchgeplant hat und überlegt hat. Wir haben versucht, Arbeitsverteilungspläne zu machen. Da gab es 4,5 und die sind nie durchgekommen.*

Also die Leute, die jetzt im geschäftsführenden Ausschuß, in diesem Delegiertenrat sind, haben die besondere Aufgabe, die Arbeit zusammenzufassen. Die sollen nicht als verselbständigtes Gremium existieren. Das ist nicht die Absicht.
Nene, es war einfach zu sehen, daß Leute verschlissen worden sind, Hans Jürgen war einer der ersten: Der hatte die Zusammenfassung der Arbeit irgendwo übernommen. Das hatte sich naturwüchsig an Leute geheftet. Der Herbert war einer von den nächsten.

Es ist also die Absicht, daß einfach mehr Leute die Arbeit übernehmen, die an zwei Leuten gehangen hat.

Ja. Und es konzentriert zu machen. Der nächste, der ausgeflippt ist, das war der Wilfried, der hatte ganz viele Dinge, auch aus einem unheimlichen Drang, das ist so ein Organisationsbulle, nicht von der alten Art, die geschniegelten Macher, die glatten, sondern der wollte was machen. Der hat dann unheimlich viel an sich gezogen. "Wir müssen das zusammenfassen" und so, weil er noch nie in der Politik war, never. Der hat dann alles mögliche gehabt, der hats Archiv gehabt, der hat die Zeitung gemacht, der hat das Geld verwaltet, der hat, ach, was weiß ich alles, versucht, die Fäden zusammenzuhalten.

Es war von vornherein Auftrag gewesen, Auftrag in der Leitungsgruppe, das hinzuorganisieren, daß neue Ortsgruppen aufgebaut werden. Da kam **Neu-Isenburg**, *der Dirk und der Gerd, die haben sich dahinter geklemmt, die haben die Kontakte, haben Stände gemacht, haben Leute getroffen, bis sie dann eine Ortsgruppe stehen hatten. Sie waren Impulsgeber, aber das war notwendig, das zu machen. In Offenbach hatten wir es angefangen, haben Unterschriften gesammelt, aber das hat nie geklappt, da hatten wir einfach die Arbeitskraft nicht mehr. Von jemandem, der sich konzentriert nur um diese Geschichte bemüht.* **Es gab auch niemanden, der mal gesagt hätte, hier mach du das doch mal, weil immer ne Angst bestand, ich hab das manchmal überhaupt nicht mehr verstanden, es bestand ne unheimliche Angst, irgendwie etwas mal jemand anderem zu sagen, könntest du das mal machen, übernimmst du das mal. Oder auch mal: Hier, das muß gemacht werden, mach das doch mal. Immer so ganz vorsichtig umeinander rum. Alle hatten Angst, es könnte einem als Profilierung ausgelegt werden oder es könnte wieder anfangen, eine Autoritätsstruktur zu entstehen.** *Es ist einigermaßen gut gelaufen, aber es hätte an vielen Punkten wirklich sehr viel leichter laufen können, auch von der Arbeitsbelastung her und es wäre auch meiner Meinung nach noch demokratischer geworden, wenn man die Arbeit bewußter verteilt hätte an Leute.*

Aber ihr habt euch auch nicht vorher gekannt. Ihr mußtet ja erst mal miteinander umgehen, was jedem zuzumuten ist.

Stimmt. Das stimmt auch, jaja.

Was halt auffällt an der Struktur, die Aushängeschilder sind Männer. Wenn man sich jetzt auch mal die ganzen Delegierten anguckt, sind es überwiegend Männer. Das ist doch auch ein Rückschritt. Es ist ein Fortschritt auf der einen Seite, daß überhaupt die Initiative da ist und auf der anderen Seite ist doch ein Rausdrängen von Frauen sehr sichtbar.

Also, das kann ich dir nicht bestätigen. Ich vermiß die Frauen, die bereit sind, die Arbeit zu übernehmen, die notwendig ist. Ich vermiß die wirklich.

„Obwohl das Flugzeug das Verkehrsmittel mit dem höchsten Treibstoffbedarf ist (es benötigt bei gleicher Leistung zehnmal soviel Energie wie der Schienenverkehr) ist die Luftfahrt von der Mineralölsteuer, von der Umsatzsteuer und dem Einfuhrzoll für Flugtreibstoff befreit.
— Jedes Ticket im innerdeutschen Verkehr müßte nach Ansicht der „Lufthansa" um 35 % verteuert werden, wenn für die Luftfahrt das Gleiche wie für alle anderen Verkehrszweige gelten würde.
— Etwa fünf Milliarden Treibstoff wurden im letzten Jahr an die kommerzielle Luftfahrt vertankt. Legt man als Berechnungsgrundlage den Steuersatz für den PKW-Verkehr zugrunde, dann entspricht dieses Steuergeschenk einem Betrag von etwa drei Milliarden Mark.
— Unabhängig davon wird die Luftfahrt noch regional subventioniert, werden über Steuerzuschüsse schlecht ausgelastete Linien aufrechterhalten, Flughäfen mit einem Milliardenaufwand gebaut und unterhalten. In die Flughäfen sind seit 1960 6,4 Milliarden Mark Investitionsmittel in Anlagevermögen geflossen. Trotz der enormen Förderungsleistungen ist — nach Auskunft von „Lufthansa"-Chef Culmann — immer noch jeder Flug unter 400 Kilometern nicht kostendeckend.

Aus dem Aufruf der BI gegen den Großflughafen München II für die Besteuerung von Flugbenzin.

Werte einiger Geräusche in db (A):

60 — laute Unterhaltungsmusik, lärmschwacher Staubsauger; 70 — Verkehrslärm; 80 — LKW-Verkehr; 85-95 — Drehbank; 90 — Kreissäge in 1 m Abstand; 90-100 — Preßlufthammer; bis 103 — Rasenmäher; 118 — Sandstrahlgebläse; 120-130 — Düsenflugzeuge; 130 — Triebwerk G 91 in 100 m Abstand; 150 — Triebwerk F 104 in 100 m Abstand; bis 150 — startende Düsenflugzeuge.

Belastungen durch Luftverkehr pro Tag:

Kohlenmonoxid	10 t
Kohlenwasserstoffe	23 t
Stickoxide	3 t
Feststoffe	4 t
Insgesamt:	40 t

Aus "Unsere Argumente" Sonderinformation der BI gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt Rhein-Main.

Ich hatte gedacht, vielleicht ist man nicht vorsichtig genug, vielleicht fragt man nicht genug nach, sondern drängt nach Beschlüssen. Die Entscheidung wer den BBU vertritt, fiel doch auf Leute zurück, die sowieso schon ein paar Ämter haben. Da wurde nicht im Plenum neu gefragt, wer könnte das übernehmen, mal ne ganz neue Kraft. Es wurde auch nicht an die Ortsgruppen zurückgegeben, nicht noch mal diskutiert. Das ging total auf die Schnelle.

NA DANN TSCHÜß... UND VIEL LIEBE & GLÜCK, DAMIT ICH AUS BALI ZURÜCK NICHT AUF DER "WEST" LANDE

DER OPEL IST DIE GROSSE SPINNE

Mörfelden ist eine Arbeiterwohngemeinde. Sie wird durch die Verstädterung, Siedlungsanwachsen, verändert. Jenseits des Bahndamms ist der Neubauteil, da kommen jetzt aus den Mittelschichten mehr und mehr Leute, während das alte Dorf völlige Arbeiterwohnsiedlung gewesen ist.

Sind hier Fabriken ? Kleinfabriken ? Oder wo arbeiten die Leute ?

Nee, die Ansiedlung von Kleinfabriken ist neu. Es gibt ein Gewerbegebiet jenseits der Bundesstraße 44, wo eine ganze Zahl von kleineren Unternehmen angesiedelt ist.

Wo haben die Leute vorher gearbeitet ? Waren das Pendler ? In Rüsselsheim ?

Flughafen und Opel Rüsselsheim, schon immer. Der Opel ist die große Spinne, die den ganzen Nordkreis zusammenhält.

Wieviel Arbeitsplätze gehen demnächst bei Opel verloren ?

Es gibt unterschiedliche Aussagen dazu. Zwei- bis sechstausend. Die weitestgehende Aussage ist von der DKP, die sprechen von 17 000. Wenn General Motors in Spanien diesen neuen Kleinwagen bauen läßt und dieser, weil er billig ist, 'ne Konkurrenz zum Kadett wird. Dann ist die Kadett-Produktion, die jetzt ganz neu entwickelt worden ist, und Ascona auch, die sind dann nicht mehr relevant, wenn General Motors den Markt hier bestückt von Spanien aus. Ich weiß von führenden Betriebsratsleuten, daß es sehr leicht passieren kann. Das wäre 'ne Katastrophe für die Region, wirklich 'ne Katastrophe, weil das 'ne Bananenrepublik vom Opel ist. Hier gibt es x Werke, die machen nur Zulieferung für Opel, auch Kfz-Reparaturbetriebe. Da wär' der Teufel los, wenn das passiert. Tausende von Ausländern hier, die alle beim Opel arbeiten, die in dem Moment arbeitslos werden. Soziale Probleme, es gibt keine Wohnungen hier.

Das wären spezifisch regionale Probleme, die auf die Frankfurter nicht so zutreffen, weil in dem Maß die Arbeitsplätze nicht von zwei Großunternehmen abhängen. Das ist der Ansatzpunkt, das Arbeitsplatzargument in Bezug auf Flughafen und Opel in die Wagschale zu werfen.

Das ist schwierig. Das haben wir noch nicht genau durchblickt, falls am Flughafen überhaupt Arbeitsplätze geschaffen werden. Das ist meiner Meinung nach nicht richtig.

Es wird auch jetzt nicht mehr gesagt.

Doch. Die Aussage ist noch mal wiederholt worden vom Erich Becker (Vorstandsvorsitzender der Flughafen-Aktiengesellschaft).

Die Zahl ist noch mal gekommen in einem Brief vom Becker: 1000 Arbeitsplätze pro Jahr, nach wie vor, so daß eben bis 1990 dann 9000 bis 10 000 geschaffen werden. Die FAG sagt es noch. Die ÖTV hat es bezeichnenderweise nicht gesagt, auch die Flughafen-ÖTV nicht. Die haben immer nur gesagt, wir brauchen die Startbahn West, um die bestehenden Arbeitsplätze zu retten. Sonst wären sie auch innerhalb der Gewerkschaft völlig untergegangen. Weil es so leicht nachweisbar ist, 'ne Milchmädchenrechnung ist, was die da auftischen, mit dem Arbeitsplatzargument. Wenn ein Arbeitsplatzzuwachs ist, dann ist überhaupt nicht klar, wie das mit der Startbahn West zusammenhängt. Aber man muß halt berücksichtigen, was im DGB-Umweltprogramm drinsteht, und da sind schlagende Aussagen drin gegen die Startbahn West. Da steht drin, "Wälder in Ballungsräumen dürfen nicht abgeholzt werden" — Bruch, ja — DGB-Bundesausschuß-Beschluß. Und —ungefähr—: "Arbeitnehmer müssen ständig befürchten, ihren Arbeitsplatz durch wirtschaftlich-technische Maßnahmen zu verlieren. Unternehmensleitungen können diese berechtigten Befürchtungen deswegen dazu ausnutzen, um gegen berechtigte Umweltforderungen zu mobilisieren". Genau der Zusammenhang. Das steht im DGB-Umweltprogramm. — Bei der Kreisdelegiertenkonferenz im Herbst '79 wurde ein klarer Beschluß gegen die Startbahn gefaßt.

Dann haben die ihren Beschluß gefaßt, im DGB-Landesvorstand. Der ist 19 Stimmen für Startbahn West, 2 Stimmen dagegen, bei einigen Enthaltungen, ausgegangen. Aber das ist ein Beschluß, der basismäßig null und nix abgesichert ist, außer durch die ÖTV-Betriebsgruppe Flughafen.

Hier war erst mal wieder totale Resignation da: da siehst du's, die Bonzen, man kann überhaupt nichts machen, jetzt können wir aufgeben. Das ist erst langsam wieder angeleiert worden, indem klar geworden ist, daß dieser Beschluß noch Möglichkeiten bietet, indem es eben heißt: ja, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind. Da haben die noch mal alle Ortskartelle zusammengerufen. Da hat sich gezeigt, daß jetzt ein größerer Aktionsdruck da ist. Da kamen so viele Ortskartelle auf einmal, die vorher noch nie da waren.

Der Jochen Richert (DGB-Landesvorsitzender von Hessen) hat noch einmal zugesichert, wenn die Flughafen-Betreiber nicht die "Aber-Bedingungen" erfüllen, werden sie den ganzen DGB gegen sich haben. Das war ein großes Wort. Die Kollegen sahen keine Sicherheit, daß dieses Wort wirklich eingelöst werden kann. Weil die ÖTV eine unheimlich einflußreiche Gewerkschaft ist und die Zusammenhänge zwischen DGB-Landesvorstand und SPD auch bekannt sind. Die Ortskartelle haben dann, obwohl sie sehr ängstlich und skeptisch waren, ob das gut ist, weil -- der DGB bedeutet uns was, der ist nicht einfach irgendeine Organisation —, haben die trotzdem aus Empörung den Schritt in die Öffentlichkeit gewagt und haben einen offenen Brief geschrieben an Richert und haben ihn darauf hingewiesen, wie diese Aber-Bedingungen aussehen, daß sie gar nicht erfüllbar sind vom Flughafen, es sei denn, man entledigt sie ihres Sinns, setzt die Wörter für andere Dinge ein, die sie gar nicht bedeuten. Da hat er auch reagiert drauf, hat einen Brief geschrieben an die Flughafen-Betreiber, und hat ihnen gesagt, daß der DGB gegen sie sein wird, wenn diese Bedingungen nicht erfüllt sind.

Wieviele Ortskartelle haben sich jetzt ausdrücklich dagegen ausgesprochen ?

Zwischen 19 und 21, aber auch außerhalb vom Kreis Groß-Gerau. Da ist zum Beispiel Egelsbach mit dabei und Neu-Isenburg.

Das sind die engeren.

Aber auch der Kreisvorstand Offenbach vom DGB ist inzwischen gegen die Startbahn West.

Offenbach ist unheimlich betroffen. Was da an Flugzeugen drüber kommt !

Uns ist noch unklarer, warum die Offenbacher nicht aktiver werden ,als daß die Frankfurter nicht aktiv sind.
Zu den Problemen mit der Stadt. Vielleicht hängt es auch mit der Bevölkerungsstruktur zusammen. Daß die Leute, die es sich leisten können, doch weggezogen sind wegen der Umweltbelastung, unter anderem wegen der Umweltbelastung.

Ich bin mehr und mehr geneigt, regionale Bewußtseinsstrukturen als einen politischen Faktor einzubeziehen. Fragen z.B. traditioneller Feindschaften zwischen Städten. Oder alte Sachen, die es mal gegeben hat, wo Städte gegeneinander vorgegangen sind. Zwischen der Bevölkerung Feindschaften oder wem gehört was.

Mit der Frankfurter Presse ist z.B. folgendes interessant: sie ist von den Redaktionen gebietsterritorial aufgeteilt. Für die Frankfurter ist auf dem Territorium der Flughafen mit seinem Nutzen. Für die Mörfelder und die Leute hier wie auch die Offenbacher ist auf dem Territorium das, was stört, nämlich die landenden und startenden Maschinen. Außerdem gibts ein starkes Bewußtsein von Frankfurtern "unser Flughafen". Das ist ne Attraktion. "Wir fahren mal zum Flughafen". "Mensch, guck dir das mal an, hier, die Vögel", "das Tor zur Welt", die ganze Geschichte, das ist einfach drin. Die Redaktionen haben das überhaupt nicht beachtet. Was sich da tat, war wirklich hinter dem Waldgürtel.

(Aus der ID-Diskussion über diesen Flughafen-Schwerpunkt:)
"Ich bin nur einmal mit einer Linienmaschine geflogen, das war Frankfurt-Brüssel. Das ist so ein Gefühl, sich reinsetzen, wenn du die Augen aufmachst, bist du in China. Auf dem Flughafen, in der Linienmaschine sind Leute, die gehören auf den Friedhof. In der Wetterau, bei Gelnhausen, bin ich oft mit einer einmotorigen Propellermaschine mitgeflogen, und einmal hab' ich einen Alpenrundflug gemacht.
Mit der Propellermaschine, das ist völlig anders. Ein ganz anderer Andruck, in der Kurve hast du fast das Gefühl, der Horizont steht 90 Grad schief. Oder aus 200 Metern runterfallen, die Maschine abfangen - das ist ein totaler Unterschied. Bei der kleinen Maschine hast du noch das Gefühl, daß was passiert. Die Linienmaschine hat winzige Fensterchen, du siehst weniger, meistens hast du eine geschlossene Wolkendecke unter dir. In der Propellermaschine hast du große Fenster und vorne den totalen Rundblick. Du bist mittendrin im Wetter, spürst die Einflüsse; wenn die Maschine in einen Luftblock reinkommt, kommt dir der Magen hoch. Ich hatte einen Fotoapparat dabei, das macht ein Gefühl wie wenn du einen Amboß in der Hand hast.
Früher im Heim haben wir beim Fallschirmspringen zugesehen. An der Küste in Spanien haben wir das nachgemacht: mit einem Fallschirm zehn Meter gesprungen. Geflogen.
Das war Geschwindigkeit, bei der du aber die Form behältst, dich mit dem Raum und der Zeit auseinandersetzt. Fliegen war schließlich mal ein Wunschtraum der Menschheit. Aber Betonpiste und Jumbo-Jet ?

Ich weiß noch, ich hab das erste Mal 1970/71 gehört, daß es hinter den Kiesgruben 2 Städte gibt. "Hinter den Bergen", praktisch.

Welche Kiesgruben meinst du jetzt? Die Langener?

Sering. Ja, die Langener Kiesgruben. Die eine ist ja die Walldorfer Kiesgrube.

Aufgebrochen ist es erst mit der Fällung der 7 ha(am 21./ 22. Okt.80).

Für die Frankfurter war immer das Problem nur gewesen, was geschieht mit dem Flughafen, nicht, was geschieht mit der Umwelt vom Flughafen, weil die Umwelt vom Flughafen, die ist im wesentlichen außerhalb Frankfurts.

Das ist eine Frage des Frankfurter Bewußtseins, während es als Grüngürtel mit dazu zählt. Von den Gutachten her hätte das Bewußtsein schon da sein müssen, gerade, was das Klima anbetrifft.

Da ist immer nur als grüne Lunge begriffen worden der Taunus. "Die Fallwinde", hieß es immer. Daß aber die Hauptwindrichtung Südwesten ist...

Man muß wissen, wie früher mit Gutachten gearbeitet worden ist. Es gibt drei oder vier Aussagen von Meteorologen zum Flughafen, zu den Umweltbeeinträchtigungen. Das erste war, es ist bedenklich. Das zweite war, von einem Herrn Brinkmann, völlig unbedenklich. Das macht überhaupt nichts aus. Es sind keine klimatischen Veränderungen oder Beeinträchtigungen in irgend einer Form zu erwarten davon, ein dritter hat gesagt, diese Aussage ist völlig unhalbar, er hat nicht gesagt, es ist gefährlich, sondern die Aussage ist unhaltbar. Das ging mit den Gutachten so her und hin, so daß auch jeweils das, was die pressestärkste Organisation vertreiben konnte, dann auch richtig war für die Leute.

Das Problem regionaler Widerstand und städtischer ist dann noch mal sichtbar geworden, als die Demonstration (am 2. Nov.80 von Walldorf zu dem abgeholzten 7 ha-Gelände) war und die Städter informiert waren, es gibt ne Besetzung des umzäunten Geländes und die Bäume werden aufgeforstet. Da trat es ja nochmal ganz sichtbar auf, daß da sehr unterschiedliche Erfahrungen da sind. Da ist natürlich eine Aufarbeitung auf beiden Seiten nötig. Ich bin im Grunde froh, daß endlich mal wieder diese Sponti-scene zumindest ein paar Fühler ausstreckt, es gibt ja nicht eine geschlossene Scene, sondern es gibt einzelne Leute, die sind initiativ und die beschäftigen sich mit Kommunalpolitik. Dazu gehört auch der Daniel Cohn-Bendit mittlerweile.... Er ist einer der Träger von Bewegung seit eh gewesen. Es findet die Problematisierung von regionalem Widerstand und städtischem Widerstand statt. Die Frankfurter haben ja in letzter Zeit recht geschlafen außer dem, was so an Hausbesetzungen gelaufen ist, sonst ist im großen und ganzen seit Jahren nichts mehr gewesen, man erinnert sich ja an alte Bewegungen, an alte Straßenkämpfe, an Demonstrationen. Jetzt taucht das in der Region auf als ganz was neues. Damit muß jeder umgehen. Das find ich im Moment ne interessante Geschichte, daß Leute sich fragen, wo sind die Trennungen, wo sind die Ähnlichkeiten, wo kommen wir überein oder wo können wir nicht. Daß es als Gesprächsthema auftaucht.

Ich kam das erste mal hier in das Gebiet, da hat ein Freund gesagt, - ach, es ist ganz kompliziert - er hatte eine Bekannte, die war von Wallforf gewesen. Der hat gesagt, wir hören mal auf mit dem Asketentum. Wir fahren einfach mal ins Grüne, als junge, fortschrittliche Leute aus der Studentenbewegung. Wir fahren einfach mal auf die Wiss. Isch hab da e unheimlisch toll Wiss gefunne. Isch hoff mer finne die ma widder.

Das war Mönchbruch.

Das war Mönchbruch. Ich wußte überhaupt nicht wo ich war, damals. Es war für mich auch wie eine Entdeckung von Kinderwelt wieder. Ein riesiger Wiesengürtel, unheimlich viele Leute, die Ball gespielt haben. Wir waren Ostern dagewesen und dann nix mehr. Ich wußte überhaupt nicht mehr, wo das war. Da gibts auch so einen Strassenwirrwarr.

Bei uns sind viele Leute gegenüber Frankfurt sehr mißtrauisch. Es ist ein Mißtrauen gegen Berufsdemonstranten. "Die Frankfurter", das ist irgendwie ein Synonym dafür, "oh, die Chaoten kommen". Ich weiß noch, bei der Abholzung, da war ja der Dany auch im Wald gewesen.

Da haben sie große Angst.

Der ist da beobachtet worden. Und es wird von der Gegenseite sofort ausgeschlachtet... Die Polizisten haben ja auch so ein Bewußtsein. Da hieß es auf einmal, der Cohn-Bendit ist dabei, wißt ihr das schon. Zwei oder drei Tage später: die Astrid Proll ist draußen. Die Leute sind dann auch nervös geworden. Aber wir haben von vornhereingesagt, komme kann, wer will, aber er muß sich in die legitimierte Führungskraft der BI einordnen und darf nicht eigene, chaotische Aktionen machen. Einige von uns sind als Polizeispitzel oder Faschisten beschimpft worden, weil, als wir da vorne standen, hatte sich eine spontane Strategie entwickelt von reden und millimeterweise gehen. Die Polizisten standen an einem Weg. Eine Stunde später waren die, ohne daß irgendeine Schlägerei oder sonst was gewesen war, 10 Meter zurückgedrängt. Da ist immer geredet worden und die Leute sind automatisch unter die Aggressionsdistanz gegangen, die es zwischen zwei Menschen gibt, wenn sie reden miteinander. Wenn du jemand mit der Nasenspitze näher kommst, dann weicht er ja automatisch ein Stückchen zurück. Das hatte sich da so entwickelt. Dann waren ein paar Leute vorne gewesen, da hat man so gemerkt, Grüppchen, Lederjacken und auf einmal ist ein Knüppel aufgetaucht. Da haben die vorne diskutiert: hier, tu den Knüppel weg, was soll denn der Scheiß, hier ne Schlägerei mit der Polizei anzufangen. Da habenwelche gesagt: wir machen unsere Aktionen, wie wir sie von unserem Bewußtsein her für richtig halten. Spontaneität muß herrschen und so irgendwelcher Kram. Die von der Leitungsgruppe sind alle da vorne rumgelaufen, bis einer der Frau den Knüppel weggenommen hat. Dann: Ui, du bist ein Bulle, ein Polizeispitzel. Was machst du da für Sachen. Du beschränkst Leute in ihrer Freiheit.

Da habe ich auch meine Schwierigkeiten, daß sich solche Pressure-Leute einfinden. Es hat Einzeldiskussionen gegeben, da habe ich mich gewundert. Die sind nicht fähig, vor größeren Gruppen ihre Argumente darzulegen. Die akzeptieren einfach nicht, daß Leute anders denken. Es war auch richtig Trotz drin. Einmal haben sie erlebt, daß sie zurückgedrängt worden sind vom Zaun von der BI. Ich halte es für falsch - aber gut, ich akzeptiere das als eine Generallinie und setze mich dann in weiteren Diskussionen dafür ein, daß das demnächst nicht mehr so läuft. Während die sich sofort zurückgezogen haben. Die sind nur raus in den Wald, wollten irgendeine Auseinandersetzung mit den Bullen, damit das an die Presse kommt, richtig RAF-Methode scheint mir immer, dann ist die Sache für sie gegessen. Aber einen langfristigen Widerstand wollen die gar nicht aufbauen. Es ist ein unheimliches Problem. Gleichzeitig ist man auf diese Leute auch angewiesen. Die machen dann Aktionen, wo man selbst keine Lust hat.

Sich nicht traut.

Ja – und haben da ganz tolle Ideen.

Kontaktadressen:

BÜRGERINITIATIVEN GEGEN FLUGHAFENERWEITERUNG RHEIN-MAIN:

6082 Mörfelden-Walldorf 1, Norbert Feutner, Bürgermeister-Klingler-Str. 32, Tel.: 06105/3106;
6082 Mörfelden-Walldorf 2, Christian Kessel, Kelsterbacher Str. 28, Tel.: 06105/ 5276;

6078 Neu-Isenburg, Sibille HOrmel, Ludwigstr. 84, Tel.: 06102/2 14 44;
6072 Dreieich, Gudrun Thasler, Rostädter Str. 14, Tel.: 06103/6 63 24;
6087 Büttelborn, Wulf Witusch, Käthe-Kollwitz-Str. 9, Tel.: 06152/ 27 17;
Mainz/Wiesbaden, Detlef Oertel, Albinistr. 12, Tel.: 06131/ 2 67 10;
6100 Darmstadt, Ellen Kunz, Viktoriastr. 5a, Tel.: 06151/ 2 34 53;

6000 Frankfurt, Umweltladen, Höhenstr. 32, Tel.: 0611/ 49 62 05; Christoph Koch, Markgrafenstr. 4, Tel.: 0611/ 77 73 28; Gisela Adamek, Emil-Claar-Str.6, Tel.:0611/727312; BI-Sachsenhausen, Textorstr. 20, Tel.: 0611/ 61 66 77; BI-Fechenheim, Starkenburgerstr. 84, Tel.: 0611/42 10 49.

BELASTUNG UND BEANSPRUCHUNG VON POLIZEIBEAMTEN BEI LÄNGER ANDAUERNDEN EINSÄTZEN IN UNFRIEDLICHEN DEMONSTRATIONEN

Unsere Freunde und Helfer, die Polizeibeamten, haben es bekanntlich nicht leicht. Bei Großeinsätzen in Brokdorf und Gorleben gab es Schwierigkeiten mit Führungsproblemen. Das "Landsknechtsverhalten" einzelner Beamter und die fehlende Einsatzfreude machte den Führungskräften ebenso Sorge, wie die erstaunliche Feststellung, welch ein großer Teil der Bevölkerung sich mit den Demonstranten solidarisierte und sich gegen die Ordnungskräfte wandte. Sollte man dem "Abbau der intellektuellen und individuellen Urteilsfähigkeit" der Beamten nicht doch lieber statt mit Erbsensuppe, so der Vorschlag in dem Bericht, mit Currywurst, Pommes frites und Bounty entgegentreten? Oder wäre es vielleicht nicht sinnvoller, gleich die Bevölkerung auszuwechseln, damit Recht und Ordnung wieder hergestellt wird?

Den folgenden Beitrag, den wir der "Bereitschaftspolizei heute", Nr. 10/11/12 - 80 entnahmen, wollen wir veröffentlichen, damit die Problematik, unter der Polizeibeamte zu leiden haben, in die öffentliche Diskussion über Gewalt und Gegengewalt einfließen kann.

Don Camillo/ID

Zur Einführung;

Der nachfolgende Beitrag zeigt in anschaulicher Form die Beanspruchungen und Belastungen auf, denen Polizeibeamte bei länger andauernden oder unfriedlich verlaufenden Einsätzen ausgesetzt sind. Die von dem Autor, als langjährigen erfahrenen Vertreter des Leiters einer Abteilung Bereitschaftspolizei aufgezeigten Erkenntnisse sind, obwohl diese bei den Einsätzen in Brokdorf 1976/1977 gesammelt wurden, angesichts der jüngsten Ereignisse vom 6.Mai 1980 in Bremen hochaktuell.

Es wäre zu wünschen, daß diese und andere so wichtige von erfahrenen Polizeiführern gemachten und gesammelten Erkenntnisse stärkere Verbreitung und bessere sowie langfristigere Beachtung fänden. (...)

G.Berndt
(Ltd. Polizeidirektor)

(Diesem Wunsch wollen wir gern nachkommen, ID)

Bedingt durch die Lage kamen in Brokdorf ausschließlich geschlossene Polizeikräfte zum Einsatz. Hinsichtlich der Belastung und Beanspruchung muß unterschieden werden zwischen geschlossenen Polizeikräften der Bereitschaftspolizei und geschlossenen Einheiten aus zusammengezogenen Einzeldienstbeamten. Entsprechend der unterschiedlichen Zusammensetzung und Ausbildung unterschieden sich auch die Probleme dieser Einheiten im Einsatz. (...)

Verpflichtung,Demonstrationen zu schützen

Polizeiliche Ausbildung ist darauf ausgerichtet, den Beamten in die Lage zu versetzen, Einzelsituationen mit Einzelpersonen oder Personengruppen zu bewältigen. (...) Auch der Einsatz bei Demonstrationen oder Veranstaltungen widerspricht vom Grundsatz diesem Prinzip nicht und verpflichtet die Polizei, dieses aus dem Grundgesetz hergeleitete Recht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit gegen die Störung einzelner von außen zu schützen. Die Polizei hat also die Verpflichtung, Demonstrationen zu schützen, und nicht — wie es in den vergangenen Jahren mehr und mehr den Anschein hat — Demonstrationen zu verhindern oder gar zu bekämpfen. (...)

Ich gebe diese Erläuterungen für eine derartige polizeiliche Lage nicht, um zu belehren, sondern um deutlich zu machen, daß derartige militante Auseinandersetzungen mit Demonstrationen wie sie in den vergangenen Jahren zunehmend festzustellen sind, die Ausnahmesituation auch für Polizeibeamte darstellt.

Probleme, die sich aus der Organisation, also aus dem geschlossenen Einsatz ergeben, sind bei Kräften der Bereitschaftspolizei geringer als bei Kräften des Einzeldienstes. Der Einsatz von Einheiten der Bereitschaftspolizei außerhalb ihrer Standorte und für eine längere Einsatzzeit hat im gesamten Bundesgebiet in den letzten Jahren zugenommen. Die Problematik der Ortsabwesenheit spielt keine Rolle, da der Einsatzort von Kräften der Bereitschaftspolizei in der Regel außerhalb des Standortes ist. Geringe Schwierigkeiten, die sich aus der Abwesenheit von der Familie ergeben, betreffen bei Kräften der Bereitschaftspolizeiabteilung ausschließlich die Führungskräfte und das Stammpersonal. Einsatzhundertschaften in Schleswig-Holstein setzen sich ausschließlich aus jüngeren Beamten zusammen, die ihre 2 1/2jährige Ausbildung in der Bereitschaftspolizei selbst abgeschlossen haben und danach ein weiteres Jahr in den Einsatzhundertschaften für geschlossene Einsätze zur Verfügung stehen. Diese jungen Beamten sind aufgrund ihrer Ausbildung im physischen wie im psychischen Bereich in jeder Hinsicht belastbar und verfügen auch über die erforderliche Motivation, derartige Einsätze durchzustehen. Ihre Einsatzerfahrungen in einer Vielzahl vergleichbarer, wenn auch kleinerer Demonstrationseinsätze innerhalb der Großstädte Schleswig-Holsteins kommt ihnen in diesen Ausnahmesituationen zugute. Verbale Aggressivität von Demonstranten, aber auch körperliche Auseinandersetzung in Ausnahmefällen sind ihnen bekannt und lassen sie relativ gelassen reagieren.

Sie versehen ihren Dienst in bekannten Führungsstrukturen, d.h. sie sind, wie bereits aus ihrer Ausbildung bekannt, auch im Einsatz unter der Anleitung ihrer Gruppen- bzw. Zug- und Hundertschaftsführer eingesetzt. Sie besitzen die Erfahrung, daß eigenmächtiges Handeln in derartigen Lagen gefährlich sein kann und warten daher auf spezielle Befehle bzw. Anweisungen, ehe sie tätig werden, aber auch ehe sie z.B. den Schlagstock oder das Tränengassprühgerät benutzen.

Diese jungen Beamten sind darüber hinaus frei von privaten Verpflichtungen, sie haben in der Regel noch keine Familie (...). Sie wissen, daß in derartigen Lagen ihre Tätigkeit nicht von einem feststehenden Dienstplan abhängig ist, sondern die Dauer ihres Einsatzes von der Lage abhängig ist. Zeitliche und damit auch physische Überbeanspruchung ertragen sie aus dieser Einstellung heraus,sicherlich aber auch von ihrem Alter her, problemloser. Dabei ist ergänzend zu erwähnen, daß sie bei dem Ausgleich der Mehrarbeitsstunden einer finanziellen Entschädigung den Vorrang gegenüber einem Ausgleich durch Freizeit geben.

Mars und Bounty statt Erbsensuppe

Auch die anfänglich in Brokdorf primitive Unterbringung (Wohnwagen) und die einfachen hygienischen und sanitären Einrichtungen sind für junge Beamte nur eine geringe Belastung. Sie sind während ihrer Ausbildung durch Übungen, Zeltlager usw. derartige Situationen hinsichtlich der Unterbringung aber auch der Verpfle-

gung (Essen aus dem Kochgeschirr) gewohnt und verfügen über die erforderliche persönliche Härte, unter derartigen Bedingungen längere Zeit Dienst zu versehen. Lassen Sie mich zum Thema Verpflegung noch einige private Feststellungen anfügen. Die bei derartigen Einsätzen von älteren Beamten geschätzte Verpflegung in Form einer Erbsensuppe oder einer allgemein kräftigen Mahlzeit, wird von jungen Polizeibeamten heute nicht mehr in gleichem Maße favorisiert, oder anders ausgedrückt, eine Currywurst mit Pommes frites kann bei ihnen die Einsatzfreude wesentlich besser steigern als ein noch so gut gekochter Eintopf. Auch die bei diesen Einsätzen übliche Sonderverpflegung darf für junge Leute nicht aus dem zusätzlichen kalten Kotelett bestehen, sondern sollte mehr auf Mars, Kekse und Schokolade ausgerichtet sein. Hin und wieder hatte ich den Eindruck, daß 19-jährige Polizeibeamte sich tagelang von Mars, Bounty und ähnlichem ernähren könnten.

Führungsprobleme in geschlossenen Einsätzen

Die Belastung und Beanspruchung, die sich in derartigen polizeilichen Lagen für geschlossene Polizeikräfte, die sich aus zusammengezogenen Beamten des Einzeldienstes zusammensetzen, ist dagegen erheblich größer. Der erhebliche Kräftebedarf bei den Einsätzen in Brokdorf machte es erforderlich, aus der Landespolizei Schleswig-Holstein auch 50jährige Polizeibeamte noch in diesen Einheiten zusammenzufassen. Die physische und psychische Belastung dieser Beamten ist nicht nur aufgrund ihres Alters erheblich höher, sie liegt auch in der besonderen Einsatzform begründet. (...) ... für viele von ihnen eine neue und ungewohnte Lage. Dabei muß berücksichtigt werden, daß der überwiegende Teil der Polizeibeamten in Schleswig-Holstein in ländlich strukturierten Gebieten Dienst versieht. Soweit diese älteren Polizeibeamten nicht in den Großstädten Kiel, Lübeck, Neumünster oder Flensburg Dienst versehen, haben sie in der Bewältigung von Demonstrationslagen und im geschlossenen Polizeieinsatz nur wenig Erfahrung. So führt allein die Diskrepanz zwischen ihrer täglichen Dienstverrichtung, gekennzeichnet durch eine natürliche Achtung des Berufes und der Tätigkeit, gepaart mit einem allgemeinen Verständnis für notwendige polizeiliche Maßnahmen auf der einen Seite und der nicht zu vergleichenden Einsatzsituation bei gewalttätigen Demonstrationen, manchmal schon dann zu unkontrollierten Reaktionen und Aktionen, wenn die Demonstranten nur verbal aggressiv gegen die Polizei vorgehen. Ungewohnt sind für diese Polizeibeamten des Einzeldienstes auch die Führungsstrukturen im geschlossenen Einsatz. Sie, die in der Regel eigeninitiativ tätig werden, müssen sich jetzt in einen Polizeiverband einfügen und dürfen nur auf Befehl oder Weisung tätig werden. Dabei führt die nicht selten erforderliche Führungsstruktur, daß ein gleichgestellter Beamter, eventuell der gleichen Dienstschicht, jetzt eine Gruppenführerfunktion wahrnimmt, in einzelnen Fällen zu unwilliger Dienstverrichtung. (...)

Ich darf hier nebenbei erwähnen, daß in Schleswig-Holstein die Konsequenzen aus diesen Erfahrungen gezogen wurden; nach den Erfahrungen der Einsätze in Brokdorf werden jetzt in Schleswig-Holstein die Führungskräfte der geschlossenen Einheiten des Einzeldienstes in Lehrgängen bei der Bereitschaftspolizei zusammengezogen und ausgebildet.

Fehlende Einsatzfreude

(...) Die Abwesenheit von Familie, mit den hier nur anzudeutenden Problemen Vater, Kinder, Schule, Haus, Garten und die erhebliche Behinderung bei der Wahrnehmung anderer privater Verpflichtungen in Vereinen, Verbänden oder andere außerdienstliche Tätigkeiten, bringen Probleme mit sich, die sich direkt auf die Einsatzfreude, also auf die Motivation auswirken. (...) Das Schlafen in Zelten, Wohnwagen und Schulen, auf Matratzen und in Schlafsäcken unter primitiven hygienischen und sanitären Verhältnissen ist mit allen zwangsläufigen Folgen, wie gestörter und ungenügender Schlaf, Essen im Freien und unter Berücksichtigung einer ungünstigen Witterung allgemein eine Belastung und Beanspruchung, die hier nur angedeutet werden kann. (...)

Schwierigkeiten beim „Geführtwerden"

(...) Neben den drei großen, bundesweit bekannten Demonstrationen fanden am Kernkraftwerksgelände Brokdorf eine Reihe kleinerer Demonstrationen statt, die es erforderlich machten, einen Objektschutz als Dauerdienst einzurichten. So waren vom 25. Oktober bis Mitte Dezember durchschnittlich täglich zwei Hundertschaften zum Objektschutz am Kernkraftwerksgelände eingesetzt. Diese Einsatzstärke war notwendig, um plötzlichen Lageentwicklungen am Kernkraftwerksgelände begegnen zu können und im Falle einer sich ausweitenden Störung die erforderliche Zeit zu gewinnen, weitere Polizeikräfte aus dem Lande zu alarmieren. Dieser Dauerdienst konnte nicht ausschließlich von geschlossenen Einheiten der Bereitschaftspolizeiabteilung wahrgenommen werden, so daß auch zusammengezogene Kräfte des polizeilichen Einzeldienstes für diesen Dauereinsatz eingesetzt werden. Diese Einsatzkräfte blieben in den ersten Monaten jeweils 14 Tage am Kernkraftwerksgelände eingesetzt. Der Einsatz fand im 12-Stunden-Rhythmus statt, so daß jeweils eine Hundertschaft in Bereitschaft, d.h. in Ruhe lag, während die andere Hundertschaft den Objektschutz an und um dieses 30 ha große Gelände wahrnahm.

„Halbschuhpolizei"

Konkrete Probleme durch Belastungen und Beanspruchungen ergaben sich bei diesem Dauereinsatz aus den Witterungsverhältnissen, den Geländeverhältnissen, der Unterbringung, der Verpflegung, der Einsatzformen und der zeitlichen Dauer der Einsatzes.

Wer aus seiner normalen Dienstverrichtung heraus plötzlich und ohne Vorbereitung unter den Witterungsbedingungen eines Novembers oder Dezembers in Norddeutschland, in der Wilstermarsch, polizeilich eingesetzt wird, muß mit einer Belastung fertig werden, die außergewöhnlich ist. Brokdorf war zu diesem Zeitpunkt ein Geländeeinsatz im wahr-

sten Sinne des Wortes. Das Kernkraftwerksgelände, reines Marschland, also Weideland, durchzogen von Entwässerungsgräben, war zu diesem Zeitpunkt noch weit entfernt von den Vorstellungen einer Großbaustelle für ein Kernkraftwerk. Der bedenkliche Einfluß, die Polizei immer ziviler auszurüsten und auszubilden, hat dazu geführt, daß wir heute von einer "Halbschuhpolizei" sprechen müssen. Man muß dabei einfach zur Kenntnis nehmen, daß der Polizeidienst heute ein Dienst in langer Hose und zweifarbiger Uniform geworden ist, der — vielleicht die noch stiefelbewehrte Bereitschaftspolizei ausgenommen — einen Einsatz im Gelände nicht mehr beinhaltet. (...)

„Raus aus den Decken-Rein in die Decken"

Die Unterbringung der Einsatzkräfte unmittelbar am Kernkraftwerksgelände fand zu Beginn des Einsatzes in angemieteten Wohnwagen statt. Die zur Verfügung stehende Unterbringungskapazität reichte dabei jeweils für eine Hundertschaft, so daß beim Wechsel der Einheiten die Wohnwagen geräumt werden mußten, um der anderen Einheit Platz zu machen. Dieses "Raus aus den Decken", "Rein in die Decken", deutet die Probleme, die sich aus dieser Unterbringung ergeben, an.

Skat und Doppelkopf gegen fehlende Demonstranten

Die anfänglich unbeheizten. später durch Heizlüfter beheizten Wohnwagen, in denen durchschnittlich drei bis vier Beamte untergebracht waren, wurden von den jüngeren Beamten der Bereitschaftspolizei anfangs ohne Widerspruch akzeptiert.

Die Unterbringung der älteren Polizeibeamten aus den zusammengefaßten Einheiten des Einzeldienstes jedoch bereitete Probleme. Die ungewohnte Umgebung, Wohnwagen, Schlafsäcke, Decken, mehrere Beamte in einem "Bett", aber auch die äußeren Einflüsse, Baumaschinenlärm und die durchgehende Beleuchtung des Baugeländes, führten zu Schlaflosigkeit und der damit verbundenen Reizbarkeit mit allen ihren Auswirkungen. Dazu muß man sich die primitiven, sanitären und hygienischen Einrichtungen vergegenwärtigen, die anfangs ein Waschen im Freien oder in ungeheizten Bauwagen forderten. Diese Situation, lassen Sie mich das einmal ganz salopp sagen, ist zwei Tage und Nächte durch Doppelkopf- oder Skatspielen zu überbrücken, dann aber folgt eine Phase, in der sich die physische Belastung auch psychisch auswirkt. Desinteresse, Unlust und in Ausnahmefällen Disziplinlosigkeiten nehmen zu. **Dabei spielt zweifellos eine Rolle, daß die von außen kommende Belastung durch unmittelbare Demonstrationseinwirkungen fehlt und der präventiv erforderliche Posten- und Streifendienst mit zunehmender Einsatzdauer sinnloser erscheint.** (Hervorhebg. ID).

Auch die Einnahme der Verpflegung aus Kochgeschirren, Einsatzgeschirren, im Freien eingenommen oder aber im Dienstwagen hockend von den Knien aus essend, mag für den Außenstehenden im ersten Anschein etwas Abenteuerliches beinhalten. Wer jedoch das dritte Mal morgens mit klammen Fingern sein Brot am Einsatzzug in Scheiben schneidet, die harte Butter nicht streichen kann und die Marmelade in Ermangelung eines Tisches, eines Tellers und einer Serviette bis über die Finger streicht, ist nicht mehr bereit, diese Situation als abenteuerlich hinzunehmen. Diese, wie ein Erlebnisbericht anmutende Schilderung, habe ich bewußt gewählt, um die Situation und Belastung einmal zu verdeutlichen.

„Landsknechtverhalten" der Beamten

Dabei ist festzustellen, daß jüngere Beamte derartige Verhältnisse über einen längeren Zeitraum leichter ertragen als ältere Beamte, bei denen der Wechsel der Umgebung und der Situation erheblich krasser ist. Es muß damit gerechnet werden, daß in derartigen Lagen mit zunehmender Zeitdauer sich ein „Landsknechtsverhalten" bemerkbar macht. (...) Die persönliche Sauberkeit, die Sauberkeit der Dienstbekleidung, die Tischsitten oder Eßgewohnheiten, aber auch die Umgangssprache verändern sich zum Negativen. So konnte festgestellt werden, daß einige Beamte mit zunehmender Dauer des Einsatzes immer weniger Kleidung ablegten, wenn sie sich zur Ruhe begaben. Schließlich und endlich schlief ein Teil der Beamten bereits in ihren Einsatzanzügen und legten nur noch die Schuhe ab, bevor sie sich zur Nachtruhe begaben. Eine andere Beobachtung war das "Hamstern von Verpflegung", wobei hier festgestellt werden muß, daß es zu jedem Zeitpunkt ausreichend Verpflegung sowohl in der Quantität als auch in der Qualität gab. Betroffene Beamte auf ihr Verhalten angesprochen, konnten keine rationale Erklärung für dieses Verpflegungshamstern geben.

Unmutsäußerungen, Dienstunwilligkeit, Disziplinlosigkeiten oder aber konkrete Verstöße gegen Anordnungen, als auch der Mißbrauch von Alkohol, traten mit zunehmender Dauer des Einsatzes vermehrt auf. (...)

Allgemein kann festgestellt werden, daß die Fähigkeit von Polizeibeamten, unter primitiven Verhältnissen zu leben und zu arbeiten, nicht vorausgesetzt werden kann. Sie wird in der Zukunft bei Einsätzen, die über eine Woche hinaus gehen, ein bedeutsamer Faktor einer Einsatzplanung und Vorbereitung sein müssen. (...) Ganz anders sind dagegen die *Belastungen und Beanspruchungen*, die sich aus *den gewalttätigen Demonstrationen* ergeben. Derartige Auseinandersetzungen zwischen militanten Gruppen und der Polizei gab es in Brokdorf am 30.10.76 und insbesondere am 13.11.1976. Die Einsatzdauer an diesen Tagen betrug im Mittel 20 Stunden, außergewöhnlich waren dabei die geplanten, gezielten Gewalttätigkeiten gegen die Kernkraftwerksanlage, aber auch gegen die eingesetzten Polizeibeamten.

Wenn die Mitführung von Bolzenschneidern, Zangen, Seilen, Wurfankern usw. ein zweifelsfreier Beweis für die Absicht ist, Sachbeschädigung zu begehen, dann steht genauso zweifelsfrei fest, daß Stahlschleudern mit Kugeln und Krampen, Messer, Tränengaspistolen, Schlagringe, Knüppel, Holzlatten mit durchgeschlagenen Nägeln, Bolzenschußgeräte und Molotow-Cocktails mitgeführt wurden, in der Absicht, Polizeibeamte in erheblichem Maße zu verletzen. Diese Schilderung ist meiner Ansicht nach erforderlich, um den Hintergrund darzustellen. vor dem sich die Reaktion der Polizeibeamten im Einzelfall abspielte.

Reizobjekt AKW

Geplante Aktionen von Demonstranten in dieser Art waren für die Polizei neu und daher nicht in vollem Umfang für die polizeiliche Führung kalkulierbar. (...)

Die Bereitschaft der Demonstranten zu Gewalttätigkeiten gegenüber Polizeibeamten nimmt zu, je näher diese Demonstranten an das Reizobjekt, in diesem Fall das Kernkraftwerksgelände, herankommen. Abgesetzt von der Kernkraftwerksanlage werden Weisungen und Zeichen von verkehrsregelnden Polizeibeamten widerspruchslos befolgt, polizeiliche Verkehrsabsperrungen beachtet und durch vorgelagerte Absperrung verursachte längere Anmarschwege widerspruchslos in Kauf genommen. Mit zunehmender örtlicher Nähe zum Objekt steigert sich die Bereitschaft, Polizeibeamte anzupöbeln, Anordnungen nicht mehr Folge zu leisten und letzten Endes Polizeibeamte massiert anzugreifen. (...) Man nimmt nicht mehr an der Demonstration teil, um seiner Meinung Ausdruck zu verleihen, sondern um vorsätzlich die Auseinandersetzung mit der Polizei zu suchen.

So sahen sich die Beamten in Brokdorf teilweise einer fanatischen Angriffswut ausgeliefert, die rational nicht mehr zu begründen war. Das ging im Einzelfall so weit, daß junge Frauen den räumenden Hundertschaften ihre Kinder entgegenhielten, mit der Aufforderung, doch auf diese Kinder einzuschlagen oder den Wasserwerfer gegen sie einzusetzen. Nur wer als Führer einer geschlossenen Einheit einer derartige Situation miterlebt hat, kann ermessen, welch ungeheures Maß

an Selbstdisziplin erforderlich ist, um angemessen zu reagieren, zumal unter dem Schutz dieser Frauen der Angriff mit Steinen auf die Polizei weiter fortgesetzt wird. *Die Forderung an jeden eingesetzten Polizeibeamten, auch unter diesen extremen Bedingungen, beim Einsatz seiner Hilfsmittel, z.B. des Schlagstocks oder des Reizstoffsprühgerätes, noch zu differenzieren, um nicht einer Überreaktion zum Opfer zu fallen, ist geradezu unmenschlich hoch.*

Die Gefahr von Übergriffen seitens der Polizei ist latent vorhanden. *Allein durch eine permanente Einwirkung der Zugführer und Hundertschaftsführer mit dem Ziel, die Aufmerksamkeit der Beamten überwiegend auf die Befehlsgebung zu richten, um nicht von der Situation mitgerissen zu werden, ist die beste Gewähr für einen erfolgreichen und rechtmäßigen Einsatz.* Dabei darf die Ausgangssituation nicht vergessen werden, in der Regel stehen die Beamten schon Stunden vorher in einer Absperrung und müssen sich dabei fortwährend Steinwürfen und tätlichen Angriffen erwehren. Die Situation der Polizei, erst Aktionen der Demonstraten abwarten zu müssen, um dann darauf zu reagieren, und die Vorbereitung der erforderlichen rechtlichen Situation durch die vorgeschriebenen Warnungen vor dem Einsatz von Wasserwerfern, Schlagstock und Reizstoffsprühgeräten, erzeugt bei dem einzelnen Beamten nicht selten das Gefühl einer schwerfälligen Führung. Die Frage, ob Polizeibeamte, insbesondere junge Polizeibeamte, in derartigen Ausnahmesituationen Angst verspüren, läßt sich als außenstehender Beobachter schwer beurteilen. Festzustellen sind objektiv lediglich Unsicherheiten und Abwehrreaktionen aus Furcht vor Verletzungsgefahr, die zwangsläufig zunehmen, je mehr Polizeibeamte des eigenen Verbandes verletzt aus dem Einsatz ausscheiden müssen. Ich habe keine Polizeibeamten nach derartigen Einsätzen befragt, ob sie Angst empfunden haben, ich bin auch sicher, daß ihre Antwort negativ ausgefallen wäre, ohne daß sie dabei die Unwahrheit sagen würden. Es ist zweifelhaft, ob der Beamte in einer derartigen Ausnahmesituation, in der er Angriffe auf seine Person abwehren muß und selbst ensprechend der ihm erteilten Befehle reagieren soll, überhaupt Zeit findet, seine eigenen Gefühle zu analysieren. *Eine wesentliche Erkenntnis aus diesen Situationen ist jedoch, daß es die Polizeiführung, wenn möglich, vermeiden sollte, Einheiten, die längere Zeit in einer Absperrung Objekt der Angriffe von Demonstranten waren, d.h. mit Steinen und anderen Gegenständen beworfen wurden, unmittelbar danach zum Räumeinsatz einzusetzen.* Die Gefahr, daß es durch die aufgestaute Frustration bei einem anschließenden Einsatz zu einer Überreaktion und Überhärte führen kann, sollte bedacht werden und, wenn möglich, zu derartigen Räumeinsätzen dann Reservekräfte eingesetzt werden, die außerhalb des eigentlichen Geschehens und unbeeinflußt von den bisherigen Auseinandersetzungen die Aufgabe der Räumung übernehmen können. *Eine wesentliche Erkenntnis aus diesen Einsätzen ist meines Erachtens auch die Tatsache, daß die Hemmschwelle für den Gebrauch des Schlagstockes bei erfahrenen Beamten des Einzeldienstes wesentlich niedriger anzusetzen ist als bei jungen Polizeibeamten der Bereitschaftspolizeiabteilung.* Der Einsatz des Schlagstockes zur Klärung einer körperlichen Auseinandersetzung ist dem erfahrenen Einzeldienstbeamten eine bekannte Situation, die er aus seinem täglichen Dienst her kennt. Darüber hinaus ist er für Provokationen durch jugendliche Demonstranten eher zugänglich als sein jüngerer Kollege aus der Bereitschaftspolizei. Der ältere Polizeibeamte fühlt sich viel eher durch abwertende Äußerungen getroffen, weil er derartige Ausnahmesituationen wie Demonstrationen von kommunistischen Radaumachern nicht täglich in seinem Dienst erlebt. Der jüngere Beamte der Bereitschaftspolizei dagegen wird sehr häufig auch zu kleineren Demonstrationen eingesetzt, ihm ist die Situation bekannt.

Günther Zint, pan-foto

„Abbau der intellektuellen und individuellen Urteilsfähigkeit"

Ältere und erfahrene Beamte in geschlossenen Einsatzeinheiten neigen viel schneller zu Einzelaktionen, die nicht angeordnet wurden, als ihre jüngeren Kollegen aus der Bereitschaftspolizeiabteilung. *Je disziplinierter die eingesetzte Einheit in sich ist, je größer ist die Gewähr dafür, daß auch in derart kritischen Lagen keine Übergriffe passieren.* Ich gebe trotzdem zu, daß auch auf Seiten der Polizei in derartigen Ausnahmesituationen **ein Abbau der intellektuellen und individuellen Urteilsfähigkeit** zu verzeichnen ist. Ich darf daher wiederholen, daß der Führung derartiger Einheiten in diesen Situationen größte Bedeutung zugemessen ist.

Eine weitere wesentliche Beobachtung zu diesem Komplex ist die Tatsache, daß das Verlangen nach Führung durch die eingesetzten Einheiten vom Beamten in der Polizeikette rückwärts über den Gruppenführer, den Zugführer, den Hundertschaftsführer in dem Maße wächst, in dem die Situation, die diese Einheit zu bewältigen hat, bedrohlicher wird. Das Warten auf eine Entscheidung des jeweiligen Führers ist deutlich erkennbar und zeigt sich nicht zuletzt an der Zunahme des Funkverkehrs, die in dem einen oder anderen Fall sogar so weit geht, daß die Funksprecher ausgeschaltet werden und die Linienvorgesetzten sich persönlich Funk und über die Lagen und die zutreffenden Maßnahmen unterhalten. (...)

Wie bereits erwähnt, werden die Belastungen und Beanspruchungen, die sich aus den äußeren Umständen der Organisation, der *besonderen Art des Geländeeinsatzes*, der Witterung usw. ergeben, von Kräften des Bundesgrenzschutzes *wesentlich problemloser bewältigt* als von Polizeibeamten. In der *eigentlichen Auseinandersetzung aber, der gewalttätigen Demonstration ist festzustellen, daß die Kräfte des Bundesgrenzschutzes über so gut wie keine Erfahrung in diesen Lagen verfügen.* Das war zum Zeitpunkt der Einsätze in Brokdorf selbstverständlich, zumal die hohe Anforderungsschwelle des § 9 des BGS-Gesetzes es den Ländern nicht ermöglichte, Einheiten des Bundesgrenzschutzes auch aus Anlaß kleinerer Einsatzlagen anzufordern und ihnen damit die erforderliche Einsatzerfahrung zu vermitteln. Der zur Zeit praktizierte Einsatz im Rahmen des Dauereinsatzes in Gorleben ist meiner Ansicht nach ein erster Schritt auf dem Wege dahin, auch dem Bundesgrenzschutz bereits in kleineren Lagen die erforderlichen Einsatzerfahrungen zu vermitteln, die ihn in die Lage versetzen, auch bei gewalttätigen Demonstrationen erfolgreich eingesetzt zu werden.

Abschließend möchte ich noch auf eine Belastung eingehen, die sich aus dem Verhalten der Bevölkerung bei derartigen Demonstrationen ergibt. Es war erstaunlich festzustellen, welch großer Anteil der Bevölkerung, die im eigentlichen Sinne nicht zu den militanten oder gewalttätigen Demonstranten zu rechnen waren, sich durch die erforderliche Reaktion der Polizei mit ihren Einsatzmitteln, d.h. also durch Wasserwerfereinsatz, mit den gewalttätigen Demonstranten solidarisierte und gegen die Polizei vorging.

Ich habe bei diesen Worten Bilder vor mir von korrekt gekleideten, älteren Männern, die mitgerissen von der Situation zu Steinen griffen und Polizeibeamte bewarfen. Aus nachträglich geführten Gesprächen mit derartigen Personen, die eigentlich nur zum Zuschauen in Brokdorf erschienen waren, dann aber von dem Wasserwerfereinsatz beeinträchtigt wurden, weiß ich, daß vorausgehende Aufforderungen der Polizei, vor Einsatz ihrer Einsatzmittel, einfach nicht ernstgenommen werden. Die Empörung über die Einbeziehung in die anschließenden polizeilichen Maßnahmen führt dann sehr schnell zur Solidarisierung mit den gewalttätigen Demonstranten und läßt dabei vergessen, daß die Polizei mehrfach, teilweise über Stunden aufgefordert hat, den Demonstrationsort freiwillig zu verlassen.

Sonderbare Berichterstattung der Medien

Gestattet sei noch ein Hinweis auf die recht sonderbare Darstellung des polizeilichen Einsatzes in derartigen Situationen durch Presse, Rundfunk und Fernsehen. (...) Das ist auch mir persönlich deutlich geworden an der zweifelnden Frage meiner Frau, als ich nach sechswöchigem Brokdorfeinsatz für ein Wochenende nach Hause kam, was wir, gemeint ist also hier die Polizei, dort in Brokdorf denn gemacht hätten und ob all das, was dort geschehen sei, auch rechtmäßig gewesen wäre. Sie, die ihre Eindrücke ausschließlich aus dem Rundfunk und aus dem Fernsehen hatte, war in nicht unerheblichem Zweifel über die Rechtmäßigkeit der dort getroffenen polizeilichen Maßnahmen. Etwas weniger Sensationsdarstellung, und vielleicht an einer Stelle der Hinweis, daß hier *Polizei-* **im Dienste für diesen Staat** (Hervorhbg. durch die Red./ID) oder auch nur Menschen in unerträglicher Weise angegriffen und in ihrer Gesundheit und ihrem Leben gefährdet wurden, hätte das Gefühl einer Resignation und Enttäuschung bei den eingesetzten Polizeibeamten vermeiden können.

Prügelknabe der Nation?

Ich möchte meine Ausführungen schliessen mit einigen allgemeinen Bemerkungen zu Demonstrationseinsätzen in den letzten Jahren. Polizeilicher Einsatz bei derartigen Demonstrationen ist die Ausnahme polizeilichen Tätigwerdens, auch wenn eine bedauerliche Entwicklung in der Bundesrepublik in den letzten Jahren vermehrt zu derartigen führt und den Eindruck hinterläßt, die Polizeibeamten dieses Staates wären die Sparrings-Partner von Politrockern und militanten linken Chaoten. (...)

Es ist unerträglich, in letzter Zeit vermehrt festzustellen, daß die Polizei bewußt zum Angriffsziel von militanten Gruppen in unserem Staat gemacht wird, die mit politischen Entscheidungen nicht einverstanden sind. Die Polizei als Institution, mehr aber nicht der einzelne Polizeibeamte, darf in diesem Staat nicht zum Prügelknaben in der zweifachen Bedeutung dieses Wortes werden, ohne daß unsere Demokratie und unser Staatsverständnis hohen Schaden erleiden.

W.-J.Röper
Polizeioberrat

1980

"DER" PROZESS: DIE SCHLEYER–ENTFÜHRUNG VOR GERICHT

In Düsseldorf läuft derzeit einer der spektalulärsten politischen Prozesse Nachkriegsdeutschlands ab: Stefan Wisniewski ist angeklagt, 1977 bei der Entführung des Mercedes-Chefs und Arbeitgeber-Präsidenten Schleyer mitgemacht zu haben. Der Angeklagte verteidigt sich sehr offensiv, verteidigt auch die Politik der Stadtguerilla.(Kritik wird angedeutet, aber jene menschenfeindliche Geiselnahme der Lufthansa-Passagierte in Palma de Mallorca wird als "solidarische Aktion" von Palästinensern bewertet!). Die Anklage ist schwer in "Beweisnot", wie es so schön heißt, wenn das erwünschte Urteil schon lange feststeht, aber die Beteiligung an der Tat,verflucht, nicht nachgewiesen werden kann.

Aus »La Repubblica«, Italien,

Weißt du noch?

Am 5.September 1977 wurde in Köln der damalige Super-Boss der westdeutschen Kapitalisten entführt: Hanns-Martin Schleyer, Chef bei Mercedes, Führer der Industrie, Präsident aller "Arbeitgeber". Ein Mann aus dem Bilderbuch: "ehemaliger" SS-Mann, Organisator der faschistoiden Kriegswirtschaft im besetzten tschechoslowakischen Gebiet, Koordinator der Westdeutschen Aufrüstung, Herr über Hunderttausende in Europa und der dritten Welt. Niemand hat die Identität von Kapitalismus und Faschismus, von BRD und dem dritten Reich gräßlicher symbolisiert als er. Fast jeden Tag war sein Gesicht auf den Bildschirmen der Nation zu sehen, wenn er fesiten Gesichts seine Statements zu Lohnraub und Aussperrung abgab. Immer hatte er viel zu lachen, immer saß er am längeren Hebel, immer im Blitzlicht der Fotografen. Am 5. September 1977 war das vorbei. Ein Kommando der RAF stoppte die Wagenkolonne, lieferte sich ein Feuergefecht mit den Hochgerüsteten Experten vom Landeskriminalamt Stuttgart und flüchtete mit dem Fang.(Vier Tote gabs auch, nicht zu vergessen —d.Setzer).Niemand außer seinen Entführern hat ihn danach noch lebend gesehen. Und gelacht hat er auch nicht mehr. Ein Gefangener wie viele tausend andere Gefangene auch, nur diesmal einer der anderen Seite. Die RAF schlug der Bundesregierung einen Austausch vor:

Repression

Baader, Ensslin, Raspe und acht andere Inhaftierte der Guerilla (Ulrike Meinhof war schon tot, wie viele andere). für Schleyer freizulassen. Aber die Bundesregierung, der Krisenstab und Kanzler Schmidt — von den SPD-Schriftstellern Grass und Lenz "moralisch" gestützt — wollten es anders. Sie wollten den großen Show-Down. Das Wort "Opfer" hatte Konjunktur. "Und auch Frau Schleyer, der unser ganzes Mitgefühl gilt, irrte, als sie meinte, man dürfe das Leben eines Einzelnen nicht der Autorität oder dem Strafanspruch des Staates opfern",schrieb beispielsweise Henri Nannen (auch ehemaliger SS-Mann) im STERN 39/77. Ihr Mann ist tot und läßt sie grüßen. Der Schmidt-Staat zeigte mephistotelische Kälte. Man hätte Leben gegen Leben wählen können, aber man entschied sich für Tod gegen Tod. Nach sechs Wochen war alles vorbei, alle Hemmungen waren verbraucht. Bei der Entführung der Lufthansa-Maschine Landshut nach Mogadischu — einem Unternehmen palästinensischer Sympathisanten der RAF — schlug man mit dem Hammer auf das Sparschwein : das Flugzeug wurde nach israelischem Vorbild gestürmt. Die Häftlinge, deren Freilassung die Bundesregierung am Ende doch noch zugesagt hatte, starben in der gleichen Nacht in ihren Zellen. Am nächsten Tag fand man Hanns Martin Schleyer tot in Mühlhausen. Der große Gevatter hat gesiegt. Was wirklich passierte, von der Entführung bis zum

Aus »Apogevmatini«, Griechenland,

großen Finale: keiner weiß es allein. Aber man könnte es rauskriegen. In Düsseldorf wird der große Schleyer-Prozeß geführt. Mehr als drei Jahre nach den Vorfällen befaßt sich der 4 Strafsenat des OLG Düsseldorf mit der Angelegenheit. Der Generalbundesanwalt Tebmann hat seine Roben ausgeschickt, um Anklage zu erheben. Gegen wen? Gegen die RAF? Gegen Schmidt? Gegen den Krisenstab? Gegen die Justizminister, in deren "Obhut" die RAF-Leute starben? Nein.

Und wer ist als Zeuge geladen, um die Ereignisse zu rekonstruieren? Jimmy Carter, der Anwalt Payot , der somalische Präsident Barre, die ganzen Groß-Kopfeten von BKA und

GSG 9, Kanzleramtsminister Schüler etc.? Nein.
Ein Mann ist angeklagt, und die Zeugen sind Polizisten und verwandte Geschöpfe, von Ausnahmen abgesehen. Angeklagt ist Stefan Wiesniewski, 27, den die Presse gern "Hilfsarbeiter" nennt, wenn die Berufsbezeichung erwünscht ist.
Er macht keinen Hehl daraus,daß er zur RAF eine positive Beziehung hat.Aber ob er mit den Vorfällen von Köln, Stammheim und Mühlhausen etwas zu tun hat, das weiß man nicht. Er sieht manches anders als die Autoren der 192-seitigen Anklageschrift. Der wiederum ist alles klar: man hat einen Täter, ein Motiv, Leichen und eine Waffe. Die Leiche fand man bei den in Bietigheim tödlich verunglückten Guerilleros Juliane Plambeck und Wolfgang Beer. Den Angeklagten fand man in Paris. Doch wie soll das alles schlüssig zusammenkommen, daß das schon vorformulierte Urteil x-mal lebenslänglich endlich auch vollstreckt werden kann? Schwierig, schwierig. Aber die Herren des Verfahrens gebieten über das namenlose Heer von Schnüfflern, Kronzeugen, Computern, Bundeskriminalern, Sachverständigen und – wenn alles schief läuft, kann der Richter-Senat immer noch entscheiden,wie er soll.

(aus "Überblick",Stadtmagazin Düsseldorf, Januar 81).

"DER KERN DER GUERILLA SIND IHRE AKTIONEN"

Aus der Prozeßerklärung Wisniewskis vom 28.November 1980 (Zwischenüberschriften vom ID)

Der Schauprozeß und die "kurzen Prozesse"

"Die Hektik und Unbeherrschtheit, mit der gestern der Vorsitzende Wagner hier anfing, drängt geradezu den Vergleich auf, wie die neuen chinesischen Machthaber vor einer Woche den Prozeß gegen die Viererbande eröffnet haben. Bei dieser Generalabrechnung mit der Kulturrevolution und den Ideen Maos ging über längere Zeiträume aus der Berichterstattung hervor, wie ängstlich und panisch die neuen Machthaber dort immer wieder um den Prozeß geschlichen sind und sich erst jetzt daran gewagt haben, nachdem sie davon ausgingen, von den Angeklagten sei nichts mehr übrig und die Öffentlichkeit hinreichend konditioniert.
Aber all das ist geradezu harmlos gegenüber dem, was dieser Staat hier und seine politische Justiz vorgeführt haben, um sich an den Prozeß wagen zu können... Immerhin steht das unbestritten größte politische Erdbeben auf dem Programm, das dieses Modell Deutschland seit Kriegsende durchgeschüttelt hat. Und eine Generalabrechnung soll es allemal werden. Seit Stammheim der zentrale prpagandistische Angriff auf das Konzept Rote Armee-Fraktion und seine politische Wirkung. Aber auch im weiteren Sinne noch mal gegen die revolutionäre Bewegung überhaupt.
Allein an den Maßnahmen, die diesen Prozeß ermöglichten und begleiten, wird dazu erkennen sein, daß dieser Schauprozeß hier ein geradezu verzweifelter Akt ist von diesem Staat, die ständig unberechenbar auftretenden Nachwehen aus dem Herbst 1977 zu bändigen.
Die ersten Prozesse, die diesem Verfahren hier vorausgingen, haben auf der Straße stattgefunden, die kurzen Prozesse, die vollstreckten Todesurteile in einem Land, dessen Bundeskanzler erst noch neulich sich mit der Forderung nach Abschaffung der Todesstrafe verkleidete. Seit Böllings "Es ist die Stunde der Fahndung" ist jeder, der mit dem Kommando Siegfried Hausner in Verbindung gebracht wurde, soweit er von deutschen Bullen entdeckt wurde, erstmal abgeknallt worden...
Die Gerichtsverfahren, die seither durchgezogen worden sind gegen uns, sieht man mal von dieser Farce des Buback-Prozesses ab, sind meist an den Verhaftungssituationen hochgezogen worden, um den Kern der Guerilla auszusparen, ihre Aktionen. Um das Verfahren dann hier gegen mich eröffnen zu können, hat es dann nochmal zweieinhalb Jahre gedauert. Zeit genug zu ausreichender Aktenmanipulation und Spurenlöschung. Davon waren zwei Jahre Einzelisolation und der Rest ein Fluktuationsvollzug, der auch nicht viel besser war. Dazu gehörte auch die Liquidation der relevanten politischen Kommunikation auf die systematische Ausschaltung der politischen Informationsmöglichkeiten, auch und gerade was die Verteidigung betrifft.
Es ist wohl alles gesagt, wann man weiß, daß mir die Texte der RAF verweigert werden, obwohl es hier zentral um eine Abrechnung mit der RAF gehen soll. Das ist natürlich nur die Spitze des Eisbergs, der natürlich mit Vorliebe alle Informationen, die wichtig sind aus dem heißen Herbst, betrifft, aber bis zu einer Beschränkung bürgerlicher Information recht. ...

aus: FAZ v. 29.11.8o

Zeichnungen aus dem Gerichtssaal von Erich Dittmann

"Die hervorragend ausgesuchte Figur Schleyers"

Die Anklage trägt die Handschrift jener gespaltenen Persönlickeit, Rebmann, die einerseits dumm-dreist Schmidt im grossen "Kristenstab den 68er Riesling kellnern durfte", und die andererseits bekanntlich doch gegen uns die Legalisierung der Todesstrafe gefordert hat in entsprechenden Schnellverfahren. Er ist der typische Fall von dumm-faschistisch, aber kein Grund, ihn nicht ernst zu nehmen.
Zuallererst betätigt er sich natürlich als notorischer Geschichtsfälscher, indem er die politische Spur der Gefangenen, die vom Kommando Siegfried Hausner befreit werden sollten, auslöscht. Das Konzept Stadtguerilla als Konsequenz aus der Erfahrung der Jugendrevolte und Vietnamsolidarität Ende der 60er Jahre, als mobilisierender Kern, als Motor revolutionärer Veränderung gegen den sozialdemokratischen Integrationsschub der 70er Jahre, der gleichzeitig begleitet wurde von polizeistaatlichen Knüppeln gegen all jene, die eben nicht als relativ Privilegierte zu ködern waren. (...)
Gefangenenbefreiung ist (...) nicht Befreiung in irgendein Paradies, was es hier doch nicht geben kann, sondern in die Freiheit der Illegalität, das befreite politische Terrain der Guerilla in der Metropole. Gefangenenbefreiung ist also noch nicht Befreiung überhaupt, sondern vielleicht eine Etappe dorthin, aber auf jeden Fall ein Schritt, der die richtige Richtung anzeigt. Aber gerade dieses exemplarische Moment ist es gewesen, warum der Staat bei dem Befreiungsversuch durch das Kommando sich bis in seine innerste Substanz infrage gestellt sah, wegen 11 Gefangenen lieber den Kriegszustand ausgerufen hat nach der Devise: 'Da könnt ja danach jeder Gefangene seine Freiheit wollen'. (...)
Zum zweiten Mal wird versucht, womit sich ja auch das Bundeskriminalamt während der Entführung so schwer tat, aus dem Altnazi Schleyer plötzlich den biederen Saubermann zu zaubern. (...) Die ganze ungebrochene faschistische Kontinuität dieses Staates war doch durch die hervorragend ausgesuchte Figur Schleyers durch das Kommando Siegfried Hausner in das Rampenlicht der Geschichte gedrängt worden, der als NSDAP-Mitglied das tschechische Industriepotential in die deutsche Kriegswirtschaft rassistisch und wirtschaftlich integrierte, um dann wieder nach dem verlorenen Kreig sofort durch die Besatzerstreitkräfte in führende Positionen der nationalen Wirtschaft gehievt zu werden. (...)
Ja, wenn es hier schon unumgänglich ist, daß Rebmann persönliche Lebensläufe verlesen läßt, dann, bitte schön, vollzählig. Wir haben nichts zu verbergen. Es wird noch mancher politischer Nachhilfeunterricht in deutscher Geschichte hier laufen müssen, um diese institutionalisierte faschistische Realität unserer Zeit mit all ihren Wurzeln hier transparent zu machen.
(...)

Killer, Hetzer, Invasoren

Allein die manipulierten Akten hier lassen den Schluß zu, daß alles bisher darüber (über die Ereignisse vom 5.9.1977) verbreitete nicht stimmen kann. Zuallererst wurde ja seinerzeit unterdrückt, daß diese dressierte Killermentalität überhaupt geschossen hat. Später wurde dann hinzugefügt, daß sie doch mindestens 11 Schuß abgegeben hat. Allerdings wurde weiter suggeriert, das seinen nur die letzten Reflexe gewesen beim — und so hat es die Staatspropaganda genannt — beim Abschlachten. Aber die Aktenlage läßt auf den ersten Blick erkennen, daß diese Bullen vermutlich sogar zuerst, aber ganz sicher gezilt außerhalb ihres Wagens geschossen haben, also ein regelrechtes Gefecht inszeniert haben. Aber was noch viel wichtiger ist, sie haben nur wenige Zentimeter am Kopf Schleyers vorbeigeschossen, beispielsweise ins Armaturenbrett seines Autos. Ob hier Schleyer direkt erschossen werden sollte, um eine Entführung zu verhindern, wird erst noch zu klären sein. Fest steht, daß sein Tod zumindest sehr stark in Kauf genommen worden war. Wer die darauf folgenden Ereignisse gesehen

»Die unkalkulierbarsten, störendsten Präsenzen in der Hauptverhandlung sind die des Angeklagten und seines Verteidigers.«

hat, wie im Laufe der Entführung von Seiten der politischen Polizei systematisch der Sarg Schleyers genagelt wurde, den das Kommando der RAF schließlich nur noch zuklappen konnte, der konnte hier durchaus eine mögliche, politisch logische Erklärung entdecken. Ein von Anfang an toter Schleyer hätte schließlich weniger politischen Schaden angerichtet für sie, als ein lebendig entführter, der dann doch geopfert wird.
Wie dem auch sei, an diesem Punkt wird es un eine ganz neue Dimensio der Machtkonzentration auf die politische Polizei gehen. Es wird darum gehen, wer solche zum Teil blutjungen Bullen für solche Gefechte abrichtet, ausbildet, was genau für Anweisungen sie hatten, kurzum nach den Hintermännern in der Politik und den einzelnen Kapitalfraktionen muß gefragt werden. (...) Um aber bei den ideologischen Hetzern zu bleiben, auch der lange Jahre als besondere Heimtücke des Kommandos verkaufte Kinderwagen, mit dem angeblich der Fahrer Schleyers gestoppt wurde, stellt sich möglicherweise, wie das hier aussieht, als gewöhnliches Waffendepot heraus (mit dem der Schleyer-Fahrer also keineswegs gestoppt wurde/ID). Weiter will ich jetzt mal der Beweisaufnahme nicht vorausgreifen. Das Gericht hier hat ja auch schon beim Wackernagel-Schneider-Prozeß gesagt, daß es auf so was eigentlich nicht ankäme zwischen Staat und Revolution, zwischen RAF und dem Bullenapparat, es unwichtig sei, wer zuerst schießt, wir seien ja schließlich nicht im Wilden Westen hier, es also allein darauf ankomme, wer im Recht sei. Nun, jeder weiß, daß es dem Kommando Siegfried Hausner darauf ankam, 11 Gefangene von der Stadtguerilla aus der stillen Vernichtungszange

des imperialistischen Staates zu befreien und eben nicht um sinnloses Abknallen auf die untersten Chargen der Macht. Für das konkrete und politische Ziel der Entführung sind sowas doch immer gewichtige Stolpersteine. Das liegt eigentich in der Sache selber, sie je nach Plan oder Möglichkeit, soweit es geht, auszuräumen. (...)
Auch mit jenen Konstruktionen einer Rettungsaktion der GSG 9 in Mogadischu wird aufgeräumt werden müssen. Sie wird sich als das herausstellen, was sie war, eine Killeraktion an einem palästinensischen Kommando, das sich mit der RAF solidarisierte. Und dazu hat die DDR schon das richtige gesagt, 'die neue Leibstandarte Adolf Hitlers', die ein riesiges Massaker provozierte, ermöglicht nicht nur durch den Kauf Somalias, sondern auch durch Androhung einer militärischen Intervention beispielsweise von Dschibuti aus. Dieser erste Einsatz deutscher Militärs seit dem letzten Weltkrieg auf afrikanischem Boden verhüllt geradezu jene Debatten, ob denn nun die Bundeswehr oder überhaupt die NATO lauf Verfassung östlich von Suez intervenieren durfte. Wenn das schon läuft, um 11 Gefangene aus der RAF nicht freizulassen, sondern sie lieber zu ermorden, dann ist zur Einsatzschwelle zukünftiger militärischer Interventionen alles gesagt. Algerien, die das seinerzeit begriffen haben, hatten ja auch entsprechend protestiert und reagiert.
In der Anklage selber wird die solidarische Aktion des palästinensischen Kommandos nur als zusätzliche Kohlekiste gebracht. (...)
Und zum Schluß muß auch noch was zu Amerika gesagt werden. (...) Was war es denn im Herbst 1977, was den USA richtig erschien? Was war denn der Brceczinsky-Besuch zu Zeiten der Offensive, die allseits bekannt gewordene direkte Einschaltung der NATO in die Fahndung, die von Schmidt, so wörtlich, hilfreich empfundenen Telefongespräche mit Carter? Wie dem auch sei, an Gründen zur Recherche fehlt es jedenfalls nicht. Daß aber gerade diese politische Dimension aus der Anklageschrift gelöscht ist, ich würde sogar sagen, das ganze Verfahren hier die Funktion hat, sie für ewig und rechtens zu Grabe zu tragen, wundert keinesfalls, abgesehen davon, daß dieses Gericht hier nicht mal die nötige Kompetenz hätte, einen NATO-General beispielsweise auch nur zu laden. (...)
Würde der Schleier der Anonymität über diese faschistische Bestie Krisenstab auch nur ein wenig gelupft werden hier, wer weiß, vielleicht wär' dann diese Verhandlung der größte Aufruf zum bewaffneten Widerstand, den es seit dem letzten Weltbrand gegeben hat, und zwar ohne daß auch nur ein Satz zur Strategie und Taktik des Guerilla-Kampfes gesagt wäre. (...)

Politische Aufarbeitung, auch der Fehler

Es ging mir nicht um ein Resümee der Aktionen, sondern hauptsächlich um ein paar eindeutige Markierungspunkte, an denen hier im Gericht die Frontlinie zw. Staat und Revolution zu laufen hat. Selbstverständlich steht ein Resümee aller gemachter Erfahrungen mit und an den Aktionen aus, sowohl was die RAF betrifft, als auch die revolutionäre Bewegung insgesamt, eine politische Aufarbeitung, die schon längst überfällig ist. Sie wird aber nur für die Kämpfe der Zukunft produktiv sein können, wenn nichts und nirgendwo was ausgespart bleibt. Damit meine ich ausdrücklich auch politische Fehler der Stadtguerilla. (...)
Es geht um die Bestimmung einer neuen revolutionären Etappe, vieles wird neu durchdacht werden müssen, aber an der Bewaffnung der Revolten, der Organisierung der Illegalität und Aufbau der schlagkräftigen Stadtguerilla wird es auch in Zukunft und jetzt erst recht keinen Weg vorbei geben."

Wisniewski-Prozeß auf der Tannenstraße:

Bei den Bunkermännern

Theo Discus vom "Überblick" beschreibt zwei Prozeßtage im Dezember:

Entree

Mit dem Auto zur Tannenstraße. Rechts der Knast, dahinter die Waffenfabriken von Rheinmetall. Überall stehen Gitter. Im Wachhäuschen sitzen zwei, kommen raus und fragen mich, ob ich einen Ausweis dabei habe. Klaro. Dann darf ich durch. Während ich auf den freistehenden Gerichtsbunker zugehe, spüre ich die elektronischen Geräte, die mich abtasten. Gott, ich habe nichts zu verbergen. Ich will da nur mal hingehen, zu dem Schleyer-Prozeß. Wie ein gefährliches Tier gehe ich dem weißen Bau entgegen. Rechts rum, links rum, eine Treppe runter. Eine mächtige, unübersteigbare Drehtür, die nur einen durchläßt, nimmt mich in die Zange. Das fängt ja gut an. Der Beamte hinter dem Panzerglas drückt auf den Knopf, ich darf durch. Beim Einrasten der Gittertür kriegt man noch ganz schnell einen auf die Hacken. Die eiserne Schleuse hat es eilig, sich wieder zu schließen. Dann rechts eine Stahltür, noch eine. Jetzt habe ichschon vier Hürden genommen. Der Personalausweis wird xerografiert und dann wahrscheinlich per Telekopie gleich zum Staatssicherheitsdienst - äh, Bundeskriminalamt gejagt. Ich nehme mir jetzt schon vor, nichts freches über diesen Prozeß zu schreiben. Das verwerten die später direkt als Geständnis. Ein hübscher junger Mann bittet mich in die Durchsuchungskabine: als hätte er meine Gedanken erraten, fordert er mich auf, all mein Hab und Gut auf ein winziges Tischchen zu legen. Dann werde ich aber abgetastet. Meine Schlüssel darf ich nicht mitnehmen, die kommen in die Asservatenkammer des Oberlandesgerichtes. Wer sich jetzt nicht verhaftet fühlt, ist selbst schult. Noch eine Stahltür, die sich auf ein geheimes Knöpfchensignal öffnet. Und ich werde durch nichts mehr gehindert.

Herr Martin

Es wird gerade der Zeuge Martin angehört. Ein Kripomann aus Köln. Er hatte am 5. September 1977 Dienst. Um 17.35 traf er am Tatort Ecke Vincenz-Statz/ Friedrich-Schmidt-Straße ein. Was er da sah? Drei Mercedes-Pkw, Ärzte, auf der Fahrbahn lagen Personen, die offensichtlich bereits verstroben waren. Es handelt sich um die Polizeibeamten und Fahrer des Begleitkommandos. Ein 1ojähriger hat als einziger Zeuge bemerkt, daß es sich um eine Entführung handelte. Der Angeklagte Stefan Wisniewski, links von 4 Justizbeamten umringt, richtet Fragen an den Zeugen. Hat der Zeuge irgendwelche bedeutenden Leute am Tatort gesehen: die Minister Hirsch, Wischnewsky, Maihofer, Vogel z.B.? Ja, den damaligen Innenminister Maihofer. Und was hat der Zeuge mit der Information dieses Kindes gemacht, daß da jemand entführt wurde? "Das war doch die zentrale Information, die wo sie da bekommen haben?" Die hat der Zeuge an seine Vorgesetzten weitergegeben.

(Anschließend verschiedene Zeugen von der Kriminalpolizei, vom Bundeskriminalamt, vom Bundesgrenzschutz - Fischer, Bahr, Aufmerker und Hallenberger- und der Erste-Hilfe-Arzt Hans-Josef Bauer).

Frau Haverkamp

Mittwoch, 17. Dezember 80. Stefan ist wieder dabei. Erstmals eine Zeugin. Frau Haverkamp war am 5. September 1977 Schleyers Sekretärin. Um 17.00Uhr dieses Tages weilte Herr Dr. Schleyer in den Räumen der Bundesvereinigung der Deutschen Industrie. Er führte z.B. ein Telefonat mit dem Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Herrn Dr. Vogel.
Abends hatte Herr Dr. Schleyer einen Termin in Düsseldorf, am nächsten Tag eine Reise nach Bonn und eine nach Schweden auf dem Programm. Der Düsseldorf-Termin wurde kurzfristig abgesagt. Wäre Schleyer nach

Düsseldorf gefahren, würde er heute möglicherweise noch leben (6Leute wußten von dieser plötzlichen Terminverschiebung, 5 im Haus der Industrie und jener in Düsseldorf, dem angesagt wurde. Das Kommando Siegfried Hausner auch?) Das Mittagessen nahm Schleyer übrigens an diesem letzten Tag in Freiheit ausgerechnet mit dem Berliner CDU-Politiker Peter Lorenz ein, der Schleyer plötzlich darum gebeten hatte. Lorenz war jener Mann, den die Bewegung 2. Juni im Februar 1975 entführte, um ihn später gegen 5 freigepreßte Gefangene freizulassen. Hat der Lorenz, der der Bundesregierung offenbar wichtiger war als Schleyer, eine Vorahnung gehabt? Man wird es nicht erfahren, denn Peter Lorenz ist als Zeuge nicht geladen.
(Anschließend Klaus-Dieter Groß vom BKA).

Frau Steindorf

Der wichtigste Zeuge im ganzen Prozeß aber ist eine Frau. Susanne Steindorf heißt sie und zögert nur wenig, dem hohen Gericht den Eindruck zu verschaffen, sie halte den Angeklagten, so wie er da sitzt, für jenen Mann, den sie am 5. September im Vorbeifahren, bzw. beim Ampelstop in einen weißen VW-Bulli einsteigen gesehen hat. Zwar soll einmal, nach den Akten, auch Willy Peter Stoll für den Fahrer gehalten haben, als man ihr Fotos von ihm vorlegte. Bei einer anderen Vernehmung hat sie aber gesagt, daß sie den, dessen Foto man ihr zeigte, im Fall einer Gegenüberstellung, „präziser" erkennen bzw. nicht erkennen würde. Das waren dann Fotos von Stefan gewesen. Das Gesicht des Fahrers des VW-Bulli, der Schleyer nach dem Anschlag fortgefahren hat, will sich ihr so eingeprägt haben, daß sie es mit Sicherheit wiedererkennen könnte. Von Beruf ist sie Vorstands - Sekretärin. Den Fahrer hat sie durch die Heckscheibe ihres Scirocco gesehen, als sie mit ihrem Mann auf dem Weg nach Hause war.

Die persönlich Gegenüberstellung von Frau Steindorf und Herrn Wiesniewski fand im Oktober '78 statt, im Knast in Frankenthal. Und zwar in einer „Turnhalle". Die Vorgeführten wurden auf Stühlen gefesselt hereingetragen, auf daß sie erkannt würden. Es waren 5 oder 6, die da vorgeführt wurden. Einmal der Stefan, und 5 „Doubles" vom BKA. Den Stefan kannte die Zeugin an jenem Tag mindestens von jenen 3 Fotos, die sie aus mehreren Wiesnieweskis (Bart, Brille etc.) ausgesucht hatte. Bei den zwei Durchgängen hat die Frau dann auch zielsicher den jeweils „echten" Terroristen von den „falschen" unterschieden. Sie hat ein Protokoll unterschrieben. Die mir heute vorgeführte Person IST die Person, die den Wagen über die Straße gefahren hat.

Gleichwohl hat sie im Protokoll auch von kleineren Abweichungen gesprochen, was geradezu als Beweis ihrer hohen Verantwortung gelten muß. Vor allem der Scheitel sie jetzt etwas anders ! Die Verteidigerin Frau Lunnebach - Gnielka, die mich unpassenderweise an Audrey Hepburn erinnert, fragt zunächst klassischerweise nach der Augenkraft der Zeugin. „Tragen sie eine Brille ?" Die Kopfstützen ihres Scirocco haben sie bei ihrer Sicht nach hinten auch nicht behindert. 15 Meter sei sie von dem Bulli - Fahrer wohl entfernt gewesen. Ihr Mann hatte allerdings von 35 Metern gesprochen, nach den Akten . Kann sie überhaupt Entfernungen schätzen ? Wie weit ist es z.B. von ihrem Zeugentisch bis zum Richter ? Frau Steindorf schätzt 3 - 4 Meter. Es sind wie der Richter abschreiten lässt, mindestens 6 m. Den Akten zufolge hat Frau Steindorf bei ihrer ersten Vernehmung erklärt, der Fahrer sei „schmal" und habe ein „rundes Gesicht". Wer hat denn hier im Saal ein rundes Gesicht ? Heiterkeit im Saal bei denen, die nicht auf Wunsch ihrer Vorgesetzten herkommen, wie die zahllosen Kripo - Leute in Zivil. Ausgerechnet auf den unglücklichen Zwangsverteidiger weist sie, der eh schon dauernd Stefans Spott ertragen muß. So, sie sind das gewesen, freut sich der Angeklagte.

Die Beweisnot wächst
Am 8. und 9. Januar wurden Autofahrer verhört,die auf eigene Faust die Verfolgung des Entführer-Autos aufgenommen hatten. Den Fahrer des Autos konnten sie aber alle nicht wiedererkennen. Schließlich stellte die Verteidigung den Beweisantrag, die hervorragenden Wahrnehmungen der Hauptbelastungszeugin Steindorf in einem Lokaltermin nachzuprüfen,denn die Advokaten meinen, die Frau könne aus ihrem VW-Scirocco nach ihren eigenen Aussagen (peinlicherweise) gar nichts gesehen haben. Die Bilder des von der „Kölner Stadtrevue" (Nr. 1/17) nachgestellten Modells sind hier im ID zu bewundern (Danke,Rudi).

Kontaktadressen: Stefan Wiesniewski, JVA, Ulmenstr. 95, 4ooo Düsseldorf; Rechtsanwalt Helmut Funke,Münchener Str.22, 6ooo Frankfurt/M-1, Tel.: o611-23 37 91; Theo Discus, c/o Überblick, postfach 2oo8o5, 4ooo Düsseldorf, Tel.: o211 - 3o 7o 38; Stadtrevue Köln, Zugweg 1o, 5ooo Köln-1, Tel.: o221- 31 74 53

Der Prozeß geht weiter: jeweils Donnerstag und Freitag um 9.3o Uhr im Gerichtsgebäude Tannenstr, Polizeikaserne in Düsseldorf

Ist denn der Angklagte in Frau Steindorfs Augen „schmal" vom Körperbau her ? Sehr breit ist er nicht, sagt sie, nachdem sie ihn erneut angeblickt hat.

Stefan fragt sie, ob sie sich ein bißchen als Hilfsscheriff fühle, als Vorstandssekretärin könne sie sich ja regelrecht verpflichtet gefühlt haben, der Polizei Meldung zu machen, wie sie es tat. Was hielten sie denn vom Schleyer, dem Altnazi, will Stefan wissen. Der, wo da als Arbeitgeber zigtausende z.B. ausgesperrt hat.. Daß sie sich vielleicht verpflichtet gefühlt hat, der Polizei jetzt endlich, 3 Jahre nach der Tat, einen Angeklagten zu liefern ? Die Fragen sind ihr alle zu lang, und die Frage ob sie etwa über die Ermordung der Ulrike Meinhof erschüttert gewesen ist, wie über die Entführung Schleyers, findet nicht die Billigung des Vorsitzenden. Ob sie vielleicht eine Heuchlerin ist, die über Schleyers und der Polizisten Tod fürchterlich betroffen ist, aber für die erschossenen Autofahrer in der BRD, für die Tausende, die täglich in der Dritten Welt für ein paar Mark der Konzerne sterben müssen, nichts übrig hat ?

Da kann der Vorsitzende es nicht mehr aushalten. Die Befragung der Zeugin soll der Angeklagte doch seinen Anwälten überlassen, „die können das wenigstens". Auch der Bundesanwalt Krupel ist der Meinung, daß Maß sei allmählich voll. Er erntet dafür einen „Rotzbuben" des Angeklagten, der wiederum einen tadelnden Blick durch Richter Lingens, der aussieht, als sei er eben von A. Paul Weber gezeichnet worden.

Und Herr Freimuth

Eigentlich ist das ganz schön mit der Zeugin. Ist natürlich auch das, was RP und NRZ in Windeseile vermeldet haben: Zeugin erkennt Angeklagten wieder.Doch dann kam Herr Freimuth, dessen Aussagen bedauerlicherweise die Erkenntnisleistung der Frau Steindorf etwas schmälerte. Er ist der Wiesniewski - Experte im BKA. Er leitete auch die Gegenüberstellung von Stefan und den falschen Bulli - Fahrern in der JVA Frankenthal. Es war eine ziemlich hektische Aktion, sagt er. Ja, an den Händen und Füßen gefesselt seien die Personen nacheinander der Zeugin (Frau Steindorf) vorgeführt worden. Die Doubles „passten sich ganz den Verhalten des Angeklagten an": sie wehrten sich „pro forma", spielten den bösen Mann. Damit die Zeugen und Zeuginnen nicht zu sehr geängstigt würden, hat Herr Freimuth aber schon gesagt, daß nur einer von ihnen wirklich ein Böser ist. Von der Aktion sind auch Fotos gemacht worden. Aus ihnen ergibt sich, daß im 2. Durchgang der Stefan Fußfesseln, die anderen keine hatten. Ja, da ist eine abhanden gekommen ...., sagt der Hauptkommisar. Ausserdem hat der Angeklagte im 2. Durchgang plötzlich geblutet. Nach Herrn Freimuth kam das so: Herr Wiesniewski warf sich samt Stuhl gegen die Wand (hört, hört, er ist nicht zufällig die Treppe runtergefallen ????! d.setz.). Dem Angeklagten gefällt diese Version gar nicht. Er meint, er habe doch eins auf die Nase bekommen, von dem Beamten Nachtigall. Der habe ihm auch einen Kinnhaken verpasst. Und er sei überhaupt der einzige gewesen, der nicht nur an Händen und Füßen, sondern insgesamt auch an den Stuhl gefesselt gewesen sei. Die ganze Gegenüberstellung sei eine Farce gewesen, nur einer kam wirklich in Frage, nur einer war für die Zeugin erkennbar wirklich gefesselt (....)

Solche Methoden der Täterbestimmung werden wohl kaum einen Geschworenen dazu bringen, jemand guten Gewissens lebenslänglich hinter Gitter zu bringen. Aber ach ! Ich habe ja vergessen, daß es in diesem Prozeß gar keine Geschworenen gibt ! Wir sind schließlich vor einer Sonderstrafkammer des OLG, wo die Jury ausschließlich mit zuverlässigen Staatsdienern besetzt ist. Denen ist es fast unmöglich, sich wie weiland der Dorfrichter Adam, selbst zu überführen .....

Doch das wäre das letzte, was man realistischerweise von einem „Schleyer" - Prozeß in der BRD erwarten kann.

Die vollständige Prozeßerklärung von Stefan Wiesniewski kann unter Voreinsendung von 3,8o DM in Scheinen oder Briefmarken beim ID bestellt werden

Kontakt suchen nicht nur Menschen von drinnen nach draußen, sondern auch mal umgekehrt. In Flensburg gibt es seit einigen Wochen eine Knastgruppe. "Uns liegt daran, mit anderen Gefangenen aus den unendlich vielen Knästen, Knastgruppen in Kontakt zu treten."
Kontakt: Knastgruppe Flensburg, c/o Tigerberg-Buchhandlung, Norderstr.89, 2390 Flensburg

"Faschismus und Widerstand in Düsseldorf" Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Düsseldorf hat eine Broschüre über die Jahre 1933 - 45 und über den antifaschistischen Widerstand zusammengestellt. 155 Seiten, Preis 5,20 DM und 0,80 DM Porto. Die Broschüre kann beim **Stadtverband Düsseldorf, Friedrich-Ebert-Str.34-38** gegen Verrechnungsscheck bestellt werden.

Bezug von Schwulenzeitungen genehmigt
Nach monatelangem Kampf wurde dem Gefangenen Karl-Heinz Barwasser der Bezug von Schwulenzeitungen durch ein Gerichtsurteil des Landgerichts Arnsberg (Aktenzeichen: 6. Vollz 114 / 80) stattgegeben.
Kontakt: Karl-Heinz Barwasser, JVA, Postfach 301, 4760 Werl

Die Staatsanwaltschaft Lörrach hat gegen 6 Antifaschisten Strafantrag erhoben. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, einen NPD-Fackelzug verhindert zu haben. Um sie nicht alleine zu lassen — im wahrsten Sinne des Wortes — ,sammelt jetzt das Antifaschistische Aktionskomitee Lörrach Selbstbezichtigungsanzeigen: "...Ich habe in gewolltem Zusammenwirken mit den Demonstranten den Fackelzug der NPD vor dem Hotel 'Drei Könige' in Grenzach verhindert..." **Kontakt: Antifaschistisches Aktionskomitee Lörrach, c/o Hans Knobloch, Schützenweg 8, 7853 Steinen**

Erfolg gegen Knastausweise. Nach Vorstellungen der Knastleitung sollten die Gefangene des Knastes Berlin-Seidelstr. Lichtausweise offen sichtbar auf der Kleidung tragen ,die die "Grobidentifizierung auch aus größerer Entfernung ohne Kontaktaufnahme zum Gefangenen" ermöglichen sollten. Diese neue Variante von "Judenstern" stieß jedoch auf großen Widerstand der Insassen. Nach einigem Tauziehen vor Gerichten steht nun endgültig fest, daß es keine "Judensterne" für Gefangene in der Seidelstr. geben wird. **Kontakt: Verein zur Förderung eines gesetzemäßigen Strafvollzugs, z.Hd. N.L.Hermsdorf, Seidelstr.39, TA I, 1000 Berlin 27**

Ein tatsächlich gelockertes Gefangenenlager,ohne Schnüffelei und ohne Briefzensur, ist Bremen - Oslebshausen. Gerhard - Jean König, der weiß,wovon er spricht (vor Bremen hat er die Knäste Bruchsal, Stuttgart-Stammheim, Ludwigsburg und Mannheim hinter sich gebracht) und .gehört zu den schreibenden Knackis. Drei Manuskripte sind bereits fertig; ein Band aus Bruchsal mit Versen und Texten über Knasterfahrungen und -situationen, ein Band Knast-Lyrik, une ein komplettes Lehrbuch über das chinesische Kung - Fu, mit Geschichte, praktischen Anleitungen und Zeichnungen. Er sucht einen Verlag dafür. **Seine Anschrift: Gerhard - Jean Koenig, JVA, Sonnemannstr. 2, 2800 Bremen 21.**

Von **„Flitterwochen im Tod"** wird aus Butzbach berichtet: „Am 30. Dezember 1980 hat sich wieder ein Gefangener der Justizvollzugsanstalt Butzbach das Leben genommen. Durch den Stich mit einem der Knastmesser direkt ins Herz. Alle Stationen wurden sofort unter Verschluß genommen, um eventuelle Zeugen der weiteren Vorfälle zu verhindern. Dennoch steht eindeutig fest, daß dieser Gefangene ohne Fremdverschulden ums Leben kam. So jedenfalls wird es im Arztbericht stehen. Nicht im Arztbericht wird jedoch stehen, daß dieser Gefangene erst einen Tag vorher aus dem Sozialurlaub ins Gefängnis zurückkehrte. Daß die Anstaltsleitung ihm das Versprechen gegeben hatte, daß er sofort wieder rausgehen dürfte, wenn er sich hier erstmal stellen würde. Ebenso wird nicht im Arztbericht stehen, daß dieser Gefangene vor noch nicht einer Woche erst mit freudigem Herzen geheiratet hat und daher voller Zukunfstpläne mitten im Leben stand. Das Versprechen zu erfüllen, daß er sofort wieder in weiteren Urlaub gehen kann über den Jahreswechsel, das wurde ihm jedoch in der Haftanstalt dann verweigert — wahrscheinlich aus Protest, aus Verbitterung nahm sich dieser Mann das Leben. Im Totenschein wird stehen: ohne Fremdverschulden. . ." Der Mitgefangene, der betroffen genug war, um die Sache bekannt zu machen, ist **Frank Dietmar Zuth, JVA, Postfach 320, 6308 Butzbach.**

Vor Gericht stehen die Amerika-Haus-Besetzer des 17. Mai 1980 in Berlin. Sie hatten anläßlich der alliierten Militärparade das Dach besetzt, eine US-Flagge verbrannt und Transparente aufgehängt. Die Anklage: schwerer Landfriedensbruch, unerlaubter Waffenbesitzt, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Werbung für eine terroristische Vereinigung. Wegen angeblicher Fluchtgefahr sitzen sie, seit ein Spezial-Einsatzkommando sie vom Dach prügelte, im Knast. In einer „Erklärung zur Sache" begründen sie ihre Dachbesetzung als anti-imperialistische Aktion gegen den Dritten Weltkrieg und bewerten ihre Haftbedingungen als Teil der Strategie des Staatsapparats zur Zerschlagung des bewaffneten Widerstands und des Widerstands überhaupt. Prozeßtermine sind montags und donnerstags im Kriminalgericht, Berlin-Moabit, Turmstraße, Saal 700; Einlaß ab 7.40 Uhr; Beginn um 9.40 Uhr.
Kontakt über den Verein zur Förderung von Kultur und Kommunikation, Postfach 100 764, 3320 Salzgitter 1. Spendenkonto: Verein zur Förderung von Kultur und Kommunikation, Postscheckamt Hannover, 316 731 - 306.

Unter der Nummer 9 339 (!!) wurde die **"Insassen-Interessen-Vertretung"(IIV) von einigen Gefangenen im Knast Hamburg,Am Hasenberge** gegründet, genauer gesagt: im Vereinsregister eingetragen. Nach anfänglichem Wohlwollen (Druck,Porto) entzog die Anstaltsleitung dem Verein jegliche Unterstützung. Da nun jeder ordentliche Verein einen Vorstand braucht, wollten die 420 Mitglieder eine Delegiertenwahl abhalten. Für die Anstaltsleitung war dies jedoch zuviel, da mittlerweile klar wurde, daß der Verein nicht ein verlängerter Arm der Knastleitung sein will. Seit einem 3/4 Jahr sabotiert die Anstaltsleitung diese Delegiertenwahl und hofft wohl, daß die Aktivitäten im Knast ins Leere laufen.
Kontakt: IIV, Am Hasenberge 26, 2 000 Hamburg 63

„Ich habe gesagt, daß die Polizei einen kommunistischen Arbeiter getötet hat", ja, ermordet, und das stimmt auch, das ist inzwischen auch medizinisch nachgewiesen". Es ging um den Tod des Duisburger Frührentners Günther Routhier im Juni 1974. Professor Christian Sigrist von der Universität Münster steht jetzt vor Gericht, weil er die obige Äußerung nicht zurücknehmen will. In der Verhandlung jetzt müssen die Todesumstände Routhiers neu geklärt werden. Die Unterstützungs-Initiative fordert zu Spenden für den Prozeß auf. Nach dem Freispruch wird dieses Geld dem Rechtshilfe--Fonds des Münsterländer „Netzwerks" überwiesen.
Kontaktadresse: Initiative zur Unterstützung von Professor Sigrist, c/o AStA, Schloßplatz, 4400 Münster, Spendenkonto: Stadtsparkasse Münster, 180 000 770 (Bankleitzahl 4050150).

Kurze

alternatives Leben & Medien

DIHBENGA KLIRRT BEFOR'S BRÄNNT

Tübingen/Dihbenga/Tübäscho, 19. Januar

Am 12. Januar 1981 haben einige Leute in Tübingen ein Haus besetzt, das –schon seit Jahren zweckentfremdet– von der Stadt jetzt renoviert wurde und in das zwei Universitäts-Dekanate einziehen wollten. Die Besetzung richtete sich auch gegen die wohnraumfressende, sich ständig weiter aufblähende Verwaltung von Stadt, Universität und Polizei.

Schon 21 Stunden nach der Besetzung standen 300 Bullen zur Räumung bereit. Wir vermieden die direkte Konfrontation und haben Sekunden vorher das Haus verlassen. In dieser Nacht flogen im Rathaus und in einer Bank Scheiben ein, trotz massivem Polizei-Aufgebot. Das Versprechen "Ohne Bolidsei – koen Krawalh !" wurde eingehalten. Eine Nacht später rottete sich die Bewegung zusammen zum Scherbentheater. Das Schauspiel kostete Uni, Stadt und Banken 73 000 Mark. Während dieser Aktion wurde ein Genosse aus dem 1979 besetzten und legalisierten Haus Ludwigstraße 15 verhaftet, ein gefundenes Fressen für Presse, Verwaltung, Bullen.

Zwei Tage später inszenierten die Ordnungshüter einen Razzia-Überfall auf die Ludwigstr. 15, mit ca. 40 Polizisten aller Sparten: Rauschgiftdezernat, politische Polizei usw., ohne Durchsuchungsbefehl, versteht sich: "Gefahr im Verzuge". Die Razzia war erfolglos. Unsere Antwort auf die Repression wird nicht ausbleiben.

Immer heiter – der Häuserkampf geht weiter !

Soweit der Originalton der Tübinger Hausbesetzer (auszugsweise). Ihre Anschrift: Instandbesetzer, c/o Ludwigstr. 15, 7400 Tübingen

Tagungsvorschau der Seminare und Tagungen der Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK) für das erste Halbjahr 1981, erhältlich gegen Unkostenerstattung (1.- DM in Briefmarken) an: **AG SPAK,AK Freire, Reifenstuelstr.8, 8000 München 5**

"Gegen Satellitenfernsehen, Bildschirmtext und weitere Medienbilder via Electronic" sollten wir uns wehren, wenn wir nicht im Reich der Medien zu den "hoffnungslosen Hinterherläufern" gehören wollen, schreibt Frank D. Zuth in einem Aufruf zu gemeinsamen Aktionen aller Gegner der neuen elektronischen Medien-Aufschwünge. Wer mit ihm findet, daß es dafür höchste Zeit ist, soll sich mit ihm in Verbindung setzen, obwohl er im Knast sitzt. Die Adresse: **Frank D. Zuth, JVA, Postfach 320, 6308 Butzbach.**

Wer hat Angst vor Wahn & Sinn?

Nach der Beschlagnahme von Wahn & Sinn Nr. 2 – einer Weilheimer Zeitung für den Pfaffenwinkel – wegen des Beitrags „Lieber krankfeien als Gesundschuften" wurde nun auch die Nr. 3 einkassiert. IN dem Krankfeier artikel sahen die Herren eine Aufforderung zum Betrug nach § 111 StGB. (Es ging um Tips und Tricks zur Blaumacherproblematik.) In der Nr. 3 nahmen die Herren an einer Kurzgeschichte von Peter Schult Anstoß. Peter Schult, ein homosexueller Schriftsteller, der öfters mit 14jährigen Jungen schläft, beschreibt in der „Eiszeit", wie es ihm dabei geht, alt zu werden und deswegen den Anschluß an die Jungs zu verlieren, die er liebt. Laut Beschlagnahmebeschluß des Weilheimer Amtsgerichts schildert der Artikel „homosexuellen Mund- und Analverkehr und stellt Pädasterie als eine durchaus anerkennenswerte Form mitmenschlicher Beziehungen dar."

Bei diesem staatlichen Radau handelt es sich hauptsächlich darum, dem Wahn & Sinn den Boden abzugraben. Gleichzeitig hat der Weilheimer Bürgermeister einigen Verkaufsstellen, die Wahn & Sinn auslegen, Schwierigkeiten angedroht.

Wie willkürlich diese Aktionen gegen Wahn & Sinn sind, ergibt sich daraus, daß beide Artikel in mehreren Stadtzeitungen (Blatt, ID) veröffentlicht worden sind – ohne rechtliche Folgen.

Kontakt: Wahn & Sinn, Zeitung für den Pfaffenwinkel, Münchenerstr. 31, 8120 Weilheim.

Radio Tirana. Die Stimme der sozialistischen Volksrepublik Albanien. Programmanalyse, Geschichte, Reisebeschreibungen, Medien, Kultur und Politik Albaniens. Broschüre, 68 S., zahlreiche Fotos, Offsetdruck. Preis: 6,30 DM. **Bezug durch Vorrauszahlung auf das Postscheckkonto Hannover 942 01 - 306, Rainer Pinkau, Weender Str. 30 3400 Göttingen** Und was is mit Radio Eriwan?

Arbeitslosenberater selber arbeitslos!

In Nordrhein-Westfalen gibt es seit 1976 ein Programm zur Verbesserung der Beratung und Betreuung arbeitsloser Jugendlicher durch sozialpädagogische Fachkräfte. Die Beratung umfaßte nicht nur Probleme im Arbeitsbereich, sondern auch Hilfe bei der Wohnungssuche, Beratung in Erziehungsfragen, zum Teil auch Sexual- und Eheberatung.

Dieses Programm soll zum 30.4.81 auslaufen. Die Begründung dafür ist, daß eine wissenschaftliche Untersuchung keine ausreichende Effektivität des Programms ergeben hat, nachdem die Sozialarbeiter jede Unterstützung der Untersuchung verweigert haben.

Kontakt: Klaus Farin & Hans-Jürgen Zwingmann Verlag, Postfach 185, 4660 Gelsenkirchen-Buer

Eine saftige, grüne, ebene Wiese, an einem Wasser zum plätschern und baden suchen Rudolf, Werner und Viola für das schwule Sommercamp '81 und Leute, die da noch mitorganisieren wollen. Angesprochen sind auch Lesben,da auf dem letzten Sommercamp auch diskutiert wurde, das nächste zusammen mit Lesben zu machen. **Kontakttel.: Rudolf (0421) 50 25 75 / Werner (0781) 7 58 84 / Viola (06121) 52 49 71 / Kontaktadresse: Werner Gräßle jun. Badstr. 19, 7600 Offenburg**

ID - BIBLIOGRAPHIE * ID - BIBLIOGRAPHIE * ID BIBL

VERSCHWÖRER, Emil Julius Gambel, Zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde 1918 - 1924, (Reprint, Malik Verlag, Wien 1924) 260 S. 24,-- DM

Gumbels Schriften widerlegen das noch immer gängige Geschichtsbild, daß der Zusammenbruch der Weimarer Republik von den "Radikalen von links und rechts" dem Faschismus den Weg bereitet hätte. In Wirklichkeit, so belegt Gumbel detailliert, waren die Weichen zu ihrer Abschaffung (abgesehen von den Bedingungen der Siegermächte und den Kriegsfolgen) bereits in den ersten Jahren nach Kriegsende gestellt worden: die Errichtung der Freikorps und Einwohnerwehren sowie halbherzige Auflösungsversuche derselben, Billigung von Neugründungen und Tarnungen in Vereinen, Clubs und Arbeitsgemeinschaften, sowie Unterstützung der konterrevolutionären Justiz durch Sondergesetze,Ausnahmerichtlinien und Verordnungen,Amnestien für Verbrechen von rechts.

Gumbel, Autor der „Weltbühne", wurde bereits 1932 (!!) als Professor in Heidelberg mit Berufsverbot belegt. Seine leider zu wenig bekannten Schriften sind ein wichtiger Beitrag zum Thema,weil Vergleichbares ohne fertige Interpretationsraster nicht vorhanden ist.

Verlag Das Wunderhorn, Ladenburgerstr. 82, 6 900 Heidelberg, Tel.: 06221 / 47 36 60

VIER JAHRE POLITISCHER MORD, Emil Julius Gumbel 360 S. 25,-- DM (Reprint Malik Verlag Wien 1924)

In "Vier Jahre politischer Mord" recherchierte Gumbel von 1918 bis 1924 die Fälle politischer Morde, die er auch belegen konnte. Seine Quellen bezog er aus Gerichtsakten, Urteilen, Entscheidungen über Einstellungen der Verfahren, Mitteilungen von Anwälten, Hinterbliebenen und aus Zeitungsnotizen. Das Resultat: 354 Morde von rechts. - Gesamtsühne 90 Jahre und zwei Monate Haft, 730 RM Geldstrafe, 1 x Lebenslänglich. 22 Morde von links: 1o Erschiessungen, 248 Jahre und neun Monate Haft, 3 x Lebenslänglich.

Eine Dokumentation des Reichsjustizministers, die offiziell nie veröffentlicht wurde, bestätigte Gumbels Recherchen. Ein weiterer, sehr wichtiger Beitrag.

Verlag Das Wunderhorn (Anschr. s.o.)

ARCHIV für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, 118 S. 10,-- DM; Abo für 4 Hefte 48,-- für Arbeitslose, Kriegsdienstverweigerer und Auszubildende Abo 32,--DM)

„Der Widerstand der unteren Klassen" ist das Schwerpunktthema dieser Zeitschrift. In ihr sollen Materialien und Dokumente zur Geschichte des Widerstandes und der Arbeit in der Vergangenheit gesammelt und verabeitet werden.

Einmal sollen Materialien der Geschichte des Widerstandes gegen Kapital- und Fabrikgesellschaft sowie gegen andere Herrschaftsformen, die „primär von unten getragen und geleistet" werden, veröffentlicht werden, die sich mit einem anderen Teil „ der Geschichte der Arbeit, die Lebensweisen und -formen der arbeitenden Klassen, über deren Wohnverhältnisse, Kommunikationsstrukturen, Wünsche, Feste. Phantasien und Ängste sowie über konkrete Formen der Arbeit in der Fabrik und Haushalt und die damit verbundenen Leiden" ergänzen.

Aus dem Inhalt, Band 1:

J.P. Ranciere / P. Vauday - Auf dem Weg zur Weltausstellung, der Arbeiter, seine Frau und die Maschinen;

A. Brandenburg / J. Materna - Zum Aufbruch in die Fabrikgesellschaft: Arbeitersiedlungen;

K. Burkhard - Erkundung der Lebenswirklichkeit der „arbeitenden Klassen", Thomas Hodgeskins „Travels in the North of Germany" (1820);

A. Brandenburg - Zur Geschichte des Londoner Arbeiterbildungsvereines;

Gareth Stedman Jones - Die Grenzen einer proletarischen Theorie in England vor 1850

G. Mergner - Johannes Knief und seine Region, Teil 1: Zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie

Karin Kramer Verlag, Braunschweiger Str. 22, Postf. 106, 1000 Berlin 44

DES REISENDEN POLITROCKERS TERMINKALENDER UND VORMERKBUCH,

worin Veranstaltungen von überregionaler Bedeutung, Demonstrationen, Prozesse, kulturelle Hochgenüsse und wichtige Treffen auf einen Blick nachzulesen sind.

Da wird sich Holger freu'n! „ROck gegen Börner", für den 23.1. auf dem Nero in Wiesbaden geplant, ist ausgefallen. Sorry, wir sind nicht schuld. Beklagt euch beim Regionalblatt in Wiesbaden.

Montag, 26.1.

Berlin-Moabit: Prozeß um die Polizeischlacht am Oranienplatz, Beginn 9 Uhr im Saal 806

Berlin-Moabit: Prozeß gegen Gedächtniskirchen-Besetzung vom Januar 1980, 9 Uhr im Saal 501

Berlin-Moabit: Prozeß gegen Amerikahaus-Besetzer: Beginn 9.40 Uhr

Frankfurt: El Salvador-Ausstellung im Club Voltaire, Hochstr. 5, noch bis 31.1.

Dienstag, 27.1.

Frankfurt: Arbeitsprozeß gegen IG Bau, Steine, Erden wegen Strauß-Aufkleber. Um 9 Uhr im Landesarbeitsgericht, Adickesallee 36, 3. Stock, Raum 301. Kontakt: Ute Naney, 06181/ 56 549

Frankfurt: Feiling-Prozeß, 9.30 Uhr, Heiligkreuzgasse, Saal 146 A. Kontakt: 06171/ 73 212

Berlin-Moabit: 2. Juni-Prozeß (Goda , Rollnick u.a.): 9 Uhr im Saal 500

Arnsberg: Verwaltungsklage gegen Weiterbau des Thorium-Hochtemperatur-Reaktors in Hamm. Beginn 9.30 Uhr im Verwaltungsgericht: ab 9 Uhr Demonstrationszug vom Bahnhof aus. Kontakt: 02932/27 236

Mittwoch, 28.1.

Frankfurt: „Revolutionierung der Frau in der Weimarer Republik", Sonderführung im Historischen Museum, Saalgasse 19, 18 Uhr

Düsseldorf: Wisniewski-Prozeß: 9.30 Uhr in der Polizeikaserne, Tannenstr. (ACHTUNG: vorher bei Anwälten nachfragen, s. S.27 !)

Donnerstag, 29.1.

Frankfurt: Feiling-Prozeß, 9.30 Uhr in der Heiligkreuzgasse, Saal 146 A

Düsseldorf: Wisniewski-Prozeß, 9.30 Uhr, Polizeikaserne Tannenstr.

Berlin-Moabit: Prozeß gegen Amerikahaus-Besetzer, Beginn 9.40 Uhr

Freitag, 30.1.

Düsseldorf: Wisniewski-Prozeß, 9.30 Uhr, Polizeikaserne Tannenstr.

Berlin-Moabit: 2.Juni-Prozeß, 9 Uhr im Saal 500

Köln-Ehrenfeld: Veranstaltung zur Gesellschaft für Reaktorsicherheit mit Referaten, Film und Versteigerung der Sicherheitsideologien in der Marienstr. 35 (alte Kantine) um 18.30 Uhr

Samstag, 31.1.

Frankfurt: El-Salvador-Demonstration an der Bockenheimer Warte, Beginn 11 Uhr. Kontakt: Informationsstelle El Salvador in München, 089/50 90 85

Münster: Vorbereitungstreff für den Hausbesetzerkongreß der Nordrhein-Westfalen; Beginn 12 Uhr in der Kronenburg, Hammer Str. 37. Kontakt: 0251/51 81 43

Braunschweig: Kursbeginn „Bewegungsgestaltung". Ruft das Spiel- und Lernzentrum an, 0531/44 164!

Sonntag, 1.2.

Köln: Rote-Punkt-Aktionswoche gegen Fahrpreiserhöhung. Sie dauert bis zum 7. Haltet Ausschau!

ID
Nr. 367
Wiederverkäufer/Buchläden: schickt bei Remissionen NUR DIESE ECKE ein und verschenkt den Rest an einen der 59.996.990 Noch-Nicht-ID-Leser !!!!!!!!

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 C
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Nr. 367 Nummer des Abos bez. bis ID Nr. Exempl.

Niederschrift über Durchsuchung

☒ Zutreffendes ankreuzen

Der/Die Unterzeichner hat/haben am 01.01.81

in dem Verfahren gegen

aus folgendem Grund wegen Verdachts der Beleidigung von Organen ausländischer Staaten pp.

☒ auf Anordnung

☐ weil Gefahr im Verzuge bestand

bei dem/der

folgende Maßnahmen zur ☒ Stra

durchgeführt:

☒ DURCHSUCHUNG

☐ der o.a. Person

☐ der Sachen:

☒ der Wohnung in Osnabr

Bezeichnung der R

☒ sonstiger Räume Roda

TRABBEL

11/80

ZENTRALORGAN DES ASTAS DER UNIVERSITÄT OSNABRÜCK

NR. 6

Ich komme

Der Papst kommt

Hurra

Die Osnabrücker Asta-Zeitung "Trabbel" Nr. 6 wurde Anfang des Jahres beschlagnahmt. Äußerer Anlaß für die Hausdurchsuchungen, erkennungsdienstliche Behandlung und strafrechtliche Ermittlungen war der Abdruck eines satirischen Artikels aus der Zeitschrift "Titanic" (Nr. 11/80). In dem als "unter allem Niveau, widerlich und schweinisch" beschimpften Artikel: Der Papst von A – Z u.a. sah die Osnabrücker Staatsanwaltschaft Verunglimpfung ausländischer Staatspersonen und Religionsgemeinschaften.

Bei der Durchsuchung des Asta-Büros wurden nicht nur Unterlagen, die fragliche "Trabbel"-Ausgabe betreffend, sondern auch (wahllos ?) Flugblätter und Broschüren aus der AStA-Druckerei beschlagnahmt. Es geht hier anscheinend nicht um einen moralischen Aufschrei gegen den Verfall der Sitten, sondern um den Versuch der Kriminalisierung eines Asta, der Unileitung und Wissenschaftsministerium schon lange ein Dorn im Auge war.

Basisgruppe AStA, Neuer Graben, 4500 Osnabrück, Tel. 0541/25337

Auf

☒ Zu

Ich habe a ☐ Vertreter d

Es wurden keine Sachen sichergestellt oder beschlag

Ich habe als ☐ Betroffener ☐ Vertreter eine Durchschrift dieser Niederschrift erhalten.

oder

(Unterschrift des Betroffenen oder Vertreters) (Unterschrift des Zeugen)